

Prof. Dr. Joachim Behnke
Lehrstuhl für Politikwissenschaft
Zeppelin Universität
Am Seemooser Horn 20
88045 Friedrichshafen
Email: joachim.behnke@zu.de

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
19(4)584 D

**Schriftliche Stellungnahme
zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages
am 5. Oktober 2020 in Berlin
über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes der
Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Drucksache 19/22504)**

1. Ausgangslage

Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD haben einen Entwurf zur Änderung des geltenden Wahlgesetzes vorgelegt, der im Wesentlichen die folgenden Elemente enthält, die vom aktuellen Wahlgesetz abweichen:

1. Teilweise Verrechnung von Listenmandaten einer Partei, die Überhangmandate erhält, mit den Überhangmandaten
2. Verbleib von bis zu drei unausgeglichenen Überhangmandaten
3. Reduktion der Anzahl der Wahlkreise von derzeit 299 auf 280.

Während die in 1. und 2. genannten Maßnahmen zur nächsten Wahl 2021 in Kraft treten sollen, soll die Reduktion der Wahlkreise allerdings erst zur darauffolgenden Bundestagswahl 2025 vorgenommen werden. Zweck dieser drei sogenannten „Dämpfungsmaßnahmen“ soll sein, dass sie zusammen genommen zu einer erheblichen Reduktion der aufgrund des Ausgleichs von Überhangmandaten notwendigen Vergrößerung des Bundestags führen sollen. Die bei der letzten Wahl 2017 aufgetretene Vergrößerung betrug 111 Sitze bzw. wurde der Bundestag ausgehend von seiner Normgröße von 598 Sitzen auf 709 Sitze erweitert.

Die Wirkung der einzelnen Dämpfungsmaßnahmen soll sich auf folgende Weise ergeben:

Die Verrechnung von Listenmandaten mit Überhangmandaten bedeutet, dass Überhangmandate der CDU z.B. in Baden-Württemberg, Sachsen oder Sachsen-Anhalt

dadurch kompensiert und somit in ihrer Wirkung auf die Bundestagsgröße neutralisiert werden können, dass dafür Listenmandate der CDU in Bundesländern, wo die Anzahl der der CDU aufgrund der Zweitstimmen zustehenden Sitzkontingents die Anzahl der von ihr dort errungenen Direktmandate übersteigt, gestrichen werden. Um eine übermäßige Verzerrung des föderalen Proporz zu vermeiden, ist die Preisgabe der Listenmandate in einem Bundesland auf maximal die Hälfte der dort noch vorhandenen Listenmandate beschränkt. Indem zugelassen wird, dass bis zu drei Überhangmandate nicht ausgeglichen werden müssen, reduziert sich der Ausgleich unmittelbar um genau die Anzahl von Mandaten, die ansonsten für den Ausgleich dieser drei Überhangmandate benötigt worden wären. Durch die Reduzierung der Anzahl der Wahlkreise wird die Entstehung von Überhangmandaten erschwert bzw. die Anzahl der dann noch entstehenden Zahl verringert (bei konstant gehaltener Normgröße).

Ein weiterer Punkt des Gesetzesentwurf betrifft die Einsetzung einer Reformkommission, die Empfehlungen für die Reform des Wahlrechts ausarbeiten soll. Dieser Punkt ist offensichtlich irrelevant für die Beurteilung der Konsequenzen des Gesetzes für die kommenden Wahlen.

Die Beurteilung der möglichen negativen Auswirkungen eines Wahlgesetzes ist nicht einfach. Denn die negativen Folgen und vor allem die Größe dieser negativen Auswirkungen hängt natürlich vom Wahlergebnis ab. Es gibt Wahlergebnisse, wie z.B. die von 2002 oder 2005, die eine geringe Anfälligkeit für die Entstehung von Überhangmandaten hatten und bei denen es dementsprechend nur zu einer sehr geringen Vergrößerung aufgrund des Ausgleichs gekommen wäre, wenn es ihn damals schon gegeben hätte. Wahlergebnisse wie 1994, 1998, 2009 und 2017 hingegen hatten eine starke Anfälligkeit für die Generierung von Überhangmandaten, mit steigender Tendenz, und hätten einen entsprechend großen Ausgleich nach sich gezogen, bzw. haben das – im Fall von 2017 – getan. Ähnlich wie es bei den Methoden der Technikfolgenabschätzung bzw. beim Umgang mit sogenannten worst-case oder bad-case-Szenarien der Fall ist, sollten wir das Design eines Wahlsystems dann als ungeeignet betrachten, wenn es ein eindeutig schlechtes Ergebnis mit einer Wahrscheinlichkeit hervorbringt, die zu groß ist, um sie einfach zu ignorieren. In der Regel wird dabei – auch in Abhängigkeit des Schadens - schon eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit von wenigen Prozent oder gar nur Promille als ausreichend bzw. schon zu hoch angesehen, um auf eine Absicherung gegen den schlechten Fall zu verzichten. Dabei kann man davon ausgehen, dass der „schlechte Fall“ im Kontext einer Vergrößerung des Bundestags bei einer Vergrößerung um ca. 5 Prozent gegenüber der Normgröße vorliegt. Denn dies war der Umfang der Vergrößerung bei der Bundestagswahl 2013, die vom damaligen Bundestagspräsident Nobert Lammert als dringend zu beseitigender Makel betrachtet worden ist, worauf er mehrfach hingewiesen hat. Ein

Vergrößerung wie 2017 von um mehr als ein Sechstel kann als gänzlich inakzeptabel betrachtet werden, wie die allgemeinen Reaktionen in der Öffentlichkeit und der Politik belegen, und nicht zuletzt der Umstand, dass der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble dieses Übel als so groß betrachtet hat, dass er Anfang 2018 darauf hinwies, dass das Parlament nun einen Präsidenten habe, der „ein Scheitern nicht zulassen will“¹. Denn es sei klar: „Der Bundestag kann nicht erklären, er könne leider das Wahlrecht nicht ändern, weil man halt keine Lösung finde. Das wird die Öffentlichkeit auf Dauer nicht akzeptieren.“

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist das Urteil darüber, inwieweit die vorgeschlagene Reform von Union und SPD ihren Zweck erfüllt, ganz und gar eindeutig:

Der Gesetzesentwurf ist auf ganzer Linie als gescheitert zu betrachten.

1. Er ist nicht in der Lage zu garantieren, dass die Vergrößerung nicht in einem Umfang auftritt, der als inakzeptabler Schaden für die demokratischen Institutionen betrachtet werden muss.
2. Er kann nicht einmal gewährleisten, dass der schlechte Fall, der bad case, nur mit einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit auftritt, die womöglich als gerade noch hinnehmbares Risiko betrachtet werden könnte.
3. Ganz im Gegenteil ist sogar davon auszugehen, dass der bad case vor einem Hintergrund, der unter den aktuellen Umständen als realistisch angenommen werden muss, mit einer sehr großen Wahrscheinlichkeit auftreten wird.
4. Es ist damit zu rechnen, dass unter der für 2021 ins Auge gefassten Version der Reform sogar der sehr schlechte, inakzeptable Fall, also in gewisser Weise der worst case, eine Wiederholung der Vergrößerung von 2017 oder schlimmer, der ja auf jeden Fall verhindert werden sollte, bei der nächsten Wahl mit einer größeren Wahrscheinlichkeit wieder auftritt als dass er nicht auftritt.

Nicht nur aber verfehlt der Entwurf in grandioser Weise den mit ihm verfolgten Zweck, er bedient sich dabei darüber hinaus Mittel, die als verfassungsrechtlich bedenklich eingestuft werden müssen. Er ist damit eine höchst unglückliche Kombination aus weitgehender Wirkungslosigkeit und Preisgabe elementarer demokratietheoretischer Prinzipien („One person, one vote.“). Zusätzlich gilt, dass das Gesetz unverständlich und teilweise missverständlich ist.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagspraesident-schaeuble-will-das-parlament-verkleinern-1.3976649>

2. Illustration der Wirkungsweise des Entwurfs am Beispiel der Bundestagswahl 2017

Im Folgenden möchte ich das vorgeschlagene Wahlsystem in den einzelnen Schritten kurz erläutern. Dafür ziehe ich die Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 heran. Ich berechne dabei die Effekte des Gesetzesentwurfs so, wie sie sich 2021, also ausgehend von 299 Wahlkreisen, ergeben würden.

Zuerst werden die 598 Mandate auf die Länder proportional zu ihrer Bevölkerungsgröße verteilt, wobei das Verfahren nach Sainte-Laguë zum Einsatz kommt. Auf Baden-Württemberg entfallen demnach z.B. 76 Mandate, auf Bayern 93 usw. (Letzte Spalte in Tabelle 1). Anschließend werden diese Ländersitzkontingente auf die Landeslisten der Parteien proportional zu ihren Zweitstimmen verteilt, wieder nach Sainte-Laguë. Dabei nehmen nur die Parteien teil, die entweder mehr als 5% der Zweitstimmen erhalten haben oder mindestens drei Direktmandate erhalten haben. Diese Ergebnisse sind in Tabelle 1 abgebildet.

Tabelle 1: Verteilung der Sitze nach dem ersten Zuteilungsschritt für Bundestagswahlergebnisse (zuerst länderkontingente aufgrund Bevölkerungszahl, anschließend proportionale Verteilung auf die Landeslisten der Parteien in dem jeweiligen Bundesland nach Zweitstimmen)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	13	27	0	10	11	5	10	76
Bayern	15	0	39	10	10	6	13	93
Berlin	5	6	0	2	3	5	3	24
Brandenburg	4	6	0	1	1	4	4	20
Bremen	1	1	0	0	1	1	1	5
Hamburg	3	3	0	1	2	2	1	12
Hessen	11	14	0	5	4	4	5	43
Mecklenburg-Vorpommern	2	4	0	1	1	2	3	13
Niedersachsen	17	21	0	6	5	4	6	59
Nordrhein-Westfalen	35	43	0	17	10	10	13	128
Rheinland-Pfalz	8	11	0	3	2	2	4	30
Saarland	2	2	0	1	0	1	1	7
Sachsen	4	9	0	3	2	5	9	32
Sachsen-Anhalt	3	5	0	1	1	3	4	17
Schleswig-Holstein	5	7	0	3	3	2	2	22
Thüringen	3	5	0	1	1	3	4	17
Bund	131	164	39	65	57	59	83	598

Der Einfachheit halber sollen diese Mandate als Proporzmandate bezeichnet werden, da sie das Ergebnis einer Verteilung darstellen, die sich ausschließlich aufgrund der Anwendung der Regeln der Verhältniswahl ergibt, auch wenn die Verteilung die echten Sitzansprüche aufgrund der Zweitstimmen wegen des unglücklichen Umwegs über die Bevölkerungszahlen nicht adäquat widerspiegelt, wenn sich die Anteile der Wahlberechtigten, der Wahlbeteiligungen und der Zweitstimmen, die nicht an der Sitzverteilung beteiligt sind, zwischen den Bundesländern

unterscheiden (Behnke 2013, 2014). Anschließend werden diese Zahlen mit den erzielten Direktmandaten verglichen, die eine Partei in einem Bundesland erringt, wenn sie in Wahlkreisen eine relative Mehrheit an Erststimmen erhält (Tabelle 2). Übersteigt diese Anzahl die Anzahl der dort der Partei in diesem Land nach dem ersten Zuteilungsschritt zustehenden Proporzmandate, dann entstehen Überhangmandate (Tabelle 3).

Tabelle 2: Verteilung der Direktmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	38	0	0	0	0	0	38
Bayern	0	0	46	0	0	0	0	46
Berlin	3	4	0	0	1	4	0	12
Brandenburg	1	9	0	0	0	0	0	10
Bremen	2	0	0	0	0	0	0	2
Hamburg	5	1	0	0	0	0	0	6
Hessen	5	17	0	0	0	0	0	22
Mecklenburg-Vorpommern	0	6	0	0	0	0	0	6
Niedersachsen	14	16	0	0	0	0	0	30
Nordrhein-Westfalen	26	38	0	0	0	0	0	64
Rheinland-Pfalz	1	14	0	0	0	0	0	15
Saarland	1	3	0	0	0	0	0	4
Sachsen	0	12	0	0	0	1	3	16
Sachsen-Anhalt	0	9	0	0	0	0	0	9
Schleswig-Holstein	1	10	0	0	0	0	0	11
Thüringen	0	8	0	0	0	0	0	8
Bund	59	185	46	0	1	5	3	299

Tabelle 3: Verteilung der Überhangmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	11	0	0	0	0	0	11
Bayern	0	0	7	0	0	0	0	7
Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	0	3	0	0	0	0	0	3
Bremen	1	0	0	0	0	0	0	1
Hamburg	2	0	0	0	0	0	0	2
Hessen	0	3	0	0	0	0	0	3
Mecklenburg-Vorpommern	0	2	0	0	0	0	0	2
Niedersachsen	0	0	0	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	0	3	0	0	0	0	0	3
Saarland	0	1	0	0	0	0	0	1
Sachsen	0	3	0	0	0	0	0	3
Sachsen-Anhalt	0	4	0	0	0	0	0	4
Schleswig-Holstein	0	3	0	0	0	0	0	3
Thüringen	0	3	0	0	0	0	0	3
Bund	3	36	7	0	0	0	0	46

Die einer Partei in einem Bundesland zustehenden Mindestsitze sind gleich der Anzahl der Direktmandate, wenn dort Überhangmandate entstehen oder wenn die Anzahl der Direktmandate gleich der Anzahl der Proporzmandate ist. Ist die Anzahl der nach dem ersten Zuteilungsschritt vergebenen Proporzmandate höher als die Anzahl der Direktmandate, dann

beträgt die Anzahl der Mindestsitze, die der Partei dort garantiert werden, den zur nächsten ganzen Zahl aufgerundetem Mittelwert zwischen Direktmandatsanzahl und der Anzahl der Proporzmandate (Tabelle 4).

Tabelle 4: Verteilung der Mindestsitze nach §6 Abs. 5 Satz2

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	7	38	0	5	6	3	5	64
Bayern	8	0	46	5	5	3	7	74
Berlin	4	5	0	1	2	5	2	19
Brandenburg	3	9	0	1	1	2	2	18
Bremen	2	1	0	0	1	1	1	6
Hamburg	5	2	0	1	1	1	1	11
Hessen	8	17	0	3	2	2	3	35
Mecklenburg-Vorpommern	1	6	0	1	1	1	2	12
Niedersachsen	16	19	0	3	3	2	3	46
Nordrhein-Westfalen	31	41	0	9	5	5	7	98
Rheinland-Pfalz	5	14	0	2	1	1	2	25
Saarland	2	3	0	1	0	1	1	8
Sachsen	2	12	0	2	1	3	6	26
Sachsen-Anhalt	2	9	0	1	1	2	2	17
Schleswig-Holstein	3	10	0	2	2	1	1	19
Thüringen	2	8	0	1	1	2	2	16
Bund	101	194	46	38	33	35	47	494

Der größeren Übersichtlichkeit halber sind die Proporzmandate, Direktmandate und Mindestsitzzahlen für die Unionsparteien und die SPD in Tabelle 5 zusammen dargestellt.

Tabelle 5: Übersichtzusammenstellung von Proporzmandaten PM (erster Zuteilungsschritt), Direktmandaten DM und Mindestsitzen MS für SPD, CDU und CSU entsprechend den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017

Region	SPD			CDU			CSU		
	PM	DM	MS	PM	DM	MS	PM	DM	MS
Baden-Württemberg	13	0	7	27	38	38	0	0	0
Bayern	15	0	8	0	0	0	39	46	46
Berlin	5	3	4	6	4	5	0	0	0
Brandenburg	4	1	3	6	9	9	0	0	0
Bremen	1	2	2	1	0	1	0	0	0
Hamburg	3	5	5	3	1	2	0	0	0
Hessen	11	5	8	14	17	17	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	2	0	1	4	6	6	0	0	0
Niedersachsen	17	14	16	21	16	19	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	35	26	31	43	38	41	0	0	0
Rheinland-Pfalz	8	1	5	11	14	14	0	0	0
Saarland	2	1	2	2	3	3	0	0	0
Sachsen	4	0	2	9	12	12	0	0	0
Sachsen-Anhalt	3	0	2	5	9	9	0	0	0
Schleswig-Holstein	5	1	3	7	10	10	0	0	0
Thüringen	3	0	2	5	8	8	0	0	0
Bund	131	59	101	164	185	194	39	46	46

Die CDU erhält in Berlin ein Mindestmandat weniger als ihr dort nach dem ersten Zuteilungsschritt dastanden, in Hamburg beträgt der Verlust ebenfalls ein Mandat, und in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegt die Anzahl der Mindestmandate jeweils zwei Mandate unter der der Proporzmandate. Diese insgesamt sechs Mandate sind die Listenmandate, die nun geopfert werden, um einen Teil der Überhangmandate damit zu kompensieren. Die Anzahl der garantierten Mindestsitzzahlen für die CDU ist daher 194 und nicht mehr 200, wie nach dem aktuellen Gesetz. Nun wird der Bundestag – ausgehend von der Normgröße 598 – solange vergrößert bis bei der bundesweiten Verteilung der Mandate auf die Parteien im Verhältnis zu ihren Zweitstimmen alle Mindestsitzzahlen der Parteien garantiert sind, wobei bis zu drei Überhangmandate für den Ausgleich ignoriert werden können. Dies ist der Fall, wenn insgesamt 683 Mandate auf die Parteien verteilt werden. Diese Zahlen sind in Tabelle 6 zu sehen.

Tabelle 6: Bundesweite Verteilung der Sitze nach Zweitstimmen bei Bundestagsgröße 683

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Zweitstimmen	9539381	12447656	2869688	4999449	4158400	4297270	5878115	44189959
Proportionaler Sitzanspruch	148	193	44	77	64	66	91	683

Die CDU hätte dann einen Sitzanspruch auf 193 Sitze und die CSU einen auf 44. Es verbleiben demnach ein unausgeglichenes Überhangmandat der CDU und zwei unausgeglichene Überhangmandate der CSU. Damit ergibt sich eine Endverteilung wie in Tabelle 7.

Tabelle 7: Endverteilung der Mandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	15	38	0	11	12	6	11	93
Bayern	17	0	46	11	11	7	14	106
Berlin	5	5	0	3	3	5	3	24
Brandenburg	4	9	0	2	1	4	5	25
Bremen	2	1	0	0	1	1	1	6
Hamburg	5	2	0	2	2	2	1	14
Hessen	12	17	0	6	5	4	6	50
Mecklenburg-Vorpommern	2	6	0	1	1	3	3	16
Niedersachsen	20	19	0	7	6	5	7	64
Nordrhein-Westfalen	39	41	0	20	11	11	14	136
Rheinland-Pfalz	9	14	0	4	3	3	4	37
Saarland	2	3	0	1	1	1	1	9
Sachsen	4	12	0	3	2	6	10	37
Sachsen-Anhalt	3	9	0	1	1	3	4	21
Schleswig-Holstein	6	10	0	3	3	2	2	26
Thüringen	3	8	0	2	1	3	5	22
Bund	148	194	46	77	64	66	91	686

Ich gehe hierbei davon aus, dass der Ausgleich stoppt, wenn „nur“ noch *insgesamt* drei unausgeglichene Überhangmandate übrigbleiben. Die entsprechende Passage in dem Gesetzesentwurf bezüglich der Neugestaltung von §6 Abs. 5 ist allerdings unpräzise und verwirrend. Insgesamt Absatz 5 wörtlich folgendermaßen gefasst:

„(5) Die Zahl der nach Absatz 1 Satz 3 verbleibenden Sitze wird so lange erhöht, bis jede Partei bei der zweiten Verteilung der Sitze nach Absatz 6 Satz 1 mindestens die Gesamtzahl der ihren Landeslisten nach Satz 2 und 3 zugeordneten Sitze erhält. Dabei wird jeder Landesliste der höhere Wert aus entweder der Zahl der im Land von Wahlbewerbern der Partei in den Wahlkreisen nach § 5 errungenen Sitze oder dem auf ganze Sitze aufgerundeten Mittelwert zwischen diesen und den für die Landesliste der Partei nach der ersten Verteilung nach den Absätzen 2 und 3 ermittelten Sitzen zugeordnet. Jede Partei erhält mindestens die bei der ersten Verteilung nach den Absätzen 2 und 3 für ihre Landeslisten ermittelten Sitze. Bei der Erhöhung bleiben in den Wahlkreisen errungene Sitze, die nicht nach Absatz 4 Satz 1 von der Zahl der für die Landesliste ermittelten Sitze abgerechnet werden können, bis zu einer Zahl von drei unberücksichtigt. Die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Absatz 1) erhöht sich um die Unterschiedszahl.“

Ersetzt man den Ausdruck in Satz 4 „Sitze, die nicht nach Absatz 4 Satz 1 von der Zahl der für die Landesliste ermittelten Sitze abgerechnet werden können“ einfach durch „Überhangmandate“, ergibt sich die von mir vorgenommene Interpretation. Die Unsicherheit entsteht durch die Worte „die Landesliste“, also durch die Nennung der Landeslisten in der Einzahl. Sinngemäß sollte man hier wohl ein „jeweiligen“ vor „Landesliste“ ergänzen, wenn denn meine Interpretation diejenige ist, die auch den gemeinten Sinn des Gesetzesentwurfs trifft.

Dadurch dass zuvor in Satz 3 davon die Rede ist, „Jede Partei erhält ...“ könnte der Eindruck entstehen, dass der Ausgleich so lange vorgenommen wird, bis keine Partei mehr als drei unausgeglichene Überhangmandate erhält. Verhält man sich aber im Sinne der durch die Singularform von Landesliste erzeugten Irritation, dann müsste streng genommen der Ausgleich abgebrochen werden, wenn keine Landesliste um mehr als drei Direktmandate übertroffen wird. Dies könnte theoretisch zu einer sehr hohen Zahl von unausgegleichenen Überhangmandaten führen, jedenfalls deutlich mehr als 15, die nach dem Verfassungsgerichtsurteil von 2012 noch als unproblematisch angesehen werden könnten und mit denen im Zusammenhang der Zulässigkeit von unausgegleichenen Überhangmandaten argumentiert wird. Diese Obergrenze von 15 unausgegleichenen Überhangmandaten aber bezieht sich unmissverständlich nicht auf Landeslisten, sondern auf den Bundestag als Ganzes, was allein schon durch die Orientierung der Zahl an der Mindeststärke einer Fraktion ersichtlich ist. Auch der historische Prozess der Entstehung der Obergrenze von 3 unausgegleichenen Überhangmandaten spricht für die globale Interpretation. Denn ursprünglich ging die Unionsfraktion mit der Forderung nach sieben unausgegleichenen Überhangmandaten in die

Verhandlungen mit dem Koalitionspartner, die sich offensichtlich an der „15“ orientierten und ließen sich dann im Zuge der „Kompromissfindung“ auf drei unausgeglichene Überhangmandate „herunterhandeln“. Aber der Effekt wäre auch bei einer parteienbezogenen Interpretation nicht stark. In diesem Fall müsste der Bundestag immer noch auf 678 Sitze vergrößert werden, ab denen die CDU einen Anspruch auf 191 Sitze hätte, so dass es zu drei unausgebalancierten Überhangmandaten der CDU und zwei der CSU käme, insgesamt also zu 683 Sitzen. In der Realität würden zudem im Laufe des Ausgleichs die Überhangmandate einer Partei, die nicht am stärksten überrepräsentiert ist, zum überwiegenden Teil im Ausgleich aufgehen, bis es zu dem Stop kommt, so dass sich am Ende des Ausgleichs die verbleibenden Überhangmandate eh auf eine Partei konzentrieren würden.

2017 wäre es also nach dem Gesetzesentwurf der Großen Koalition immer noch zu einer Vergrößerung des Bundestags um 88 Sitze auf 686 Sitze gekommen. Der Bundestag hätte sich um ca. 15% vergrößert, also um das Dreifache des Faktors, angesichts dessen seinerzeit Norbert Lammert 2013 das Wahlgesetz für dringend reparaturbedürftig hielt. Bei einem vollständigen Ausgleich der Überhangmandate wäre der Bundestag auf 700 Sitze vergrößert worden.

2013 hätte sich der Bundestag nach dem Entwurf auf 631 Sitze vergrößert, genau wie es beim aktuellen Wahlgesetz der Fall war. Zwar hätten insgesamt genügend Listenmandate der CDU bereit gestanden, um die vier Überhangmandate der CDU zu kompensieren, aber der Ausgleich orientierte sich 2013 an der CSU, obwohl diese gar keine Überhangmandate erhalten hatte, weil 2013 in Bayern bei der Bundestagswahl eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung auftrat und ein überdurchschnittlicher Teil der Stimmen an Parteien ging, die gar nicht an der Sitzverteilung teilnahmen, so dass im ersten Zuteilungsschritt aufgrund der ersten Bildung der Ländersitzkontingente im Verhältnis zu den Bevölkerungszahlen in Relation zu den eigentlich relevanten Zweitstimmen zu viele Sitze nach Bayern und damit auch an die CSU gingen (Behnke 2013, 2014). Dieser widersinnige Effekt einer „Verfahrensrendite“ (Behnke 213), die sich nicht substantiell begründen lässt, ist mit dem Koalitionsentwurf nicht verschwunden, sondern wird dort weitergeführt. 2009 hätte das Gesetz der GroKo zu einem Bundestag mit 636 Sitzen geführt. Die Mindestsitzansprüche von CDU und CSU wären 186 und 45 gewesen (siehe Tabellen im Anhang). Bei 633 Sitzen hätte die CDU Anspruch auf 184 und die CSU auf 44 Mandate gehabt, es bleiben also 2 Überhangmandate der CDU übrig und eines der CSU. Für die Kompensation der Überhangmandate wurden insgesamt 9 Listenmandate der CDU geopfert, jeweils 2 in Brandenburg und Niedersachsen, 4 in Nordrhein-Westfalen und eines in Sachsen-Anhalt (siehe Tabelle A für dieses Jahr im Anhang).

Für die Abschätzung der Effekte für 2021 ist es natürlich besonders interessant zu sehen, mit welchen Ergebnissen aufgrund der derzeitigen Umfrageergebnisse zu rechnen wäre. Von der Webseite „wahlrecht.de“ wurden die zum 29.9.2020 aktuellen letzten Umfragen zur Bundestagswahl herangezogen und gemittelt, wobei auf 0,5 genau gerundet wurde. Es ergaben sich die folgenden Werte:

Tabelle 8: Durchschnittliche Umfragewerte für die Parteien im September 2020

	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD
Stimmen in Prozent	15,5	36	5,5	19	7,5	10,5

Für eine Simulation, die auf Basis der Annahme dieser Umfragewerte durchgeführt wurde, ergaben sich diese Ergebnisse: Nach dem Entwurf der GroKo müsste der Bundestag auf 755 Sitze vergrößert werden, also trotz der „Dämpfungsmaßnahmen“ auf deutlich mehr als 2017. Es käme zu einer Vergrößerung des Bundestags um mehr als 25%. Zurückzuführen ist diese auf einen Ausgleich von 50 Überhangmandaten der CDU. Die CDU erhält in jedem Bundesland außer Berlin und Bremen Überhangmandate. Auch dort stehen aber keine Listenmandate für die Kompensation mehr zur Verfügung. Die Mindestsitzzahlen für die CDU und CSU sind 238 und 46. Es verbleiben drei unausgeglichene Überhangmandate der CDU. Beim vollständigen Ausgleich dieser drei Überhangmandate hätte der Bundestag auf 761 Sitze vergrößert werden müssen. Es werden also lediglich sechs Sitze eingespart, die Verringerung der Vergrößerung aufgrund des GroKo-Entwurfs gegenüber dem aktuellen Sitz würde also eine Reduktion der Vergrößerung von 163 auf 157 bewirken bzw. eine Einsparung von ungefähr 3,6%.

Die nächste Bundestagswahl wird nicht so ausfallen, wie es die derzeitigen Umfragen voraussagen. Ein guter Prädiktor für die Ergebnisse der nächsten Wahl sind immer die Ergebnisse der letzten Wahl. Allerdings deuten die Umfragen meist einen Trend an, in dessen Richtung das nächste Ergebnis vermutlich im Vergleich zum letzten abweichen wird. Ein interessanter Beispielfall ist daher der mittlere Wert zwischen dem letzten Ergebnis und den aktuellen Umfrageergebnissen. Eine Simulation aufgrund dieser Ergebnisse ergab eine Bundestagsgröße von 756 Sitzen (vgl. Tabellen im Anhang). Einerseits erhält die CDU in diesem Szenario weniger Direktmandate und auch weniger Überhangmandate, aber da sie auch auf im Verhältnis zu ihren Zweitstimmen Anspruch auf weniger Sitze hätte, ist der Faktor der Vergrößerung annähernd derselbe wie in dem Szenario, das genau von den aktuellen Umfragewerten ausgeht. Dies deutet darauf hin, dass alle Ergebnissen, die in einem derzeit realistischen Umfeld liegen, eine ähnlich dramatische Vergrößerung des Bundestags bewirken würden.

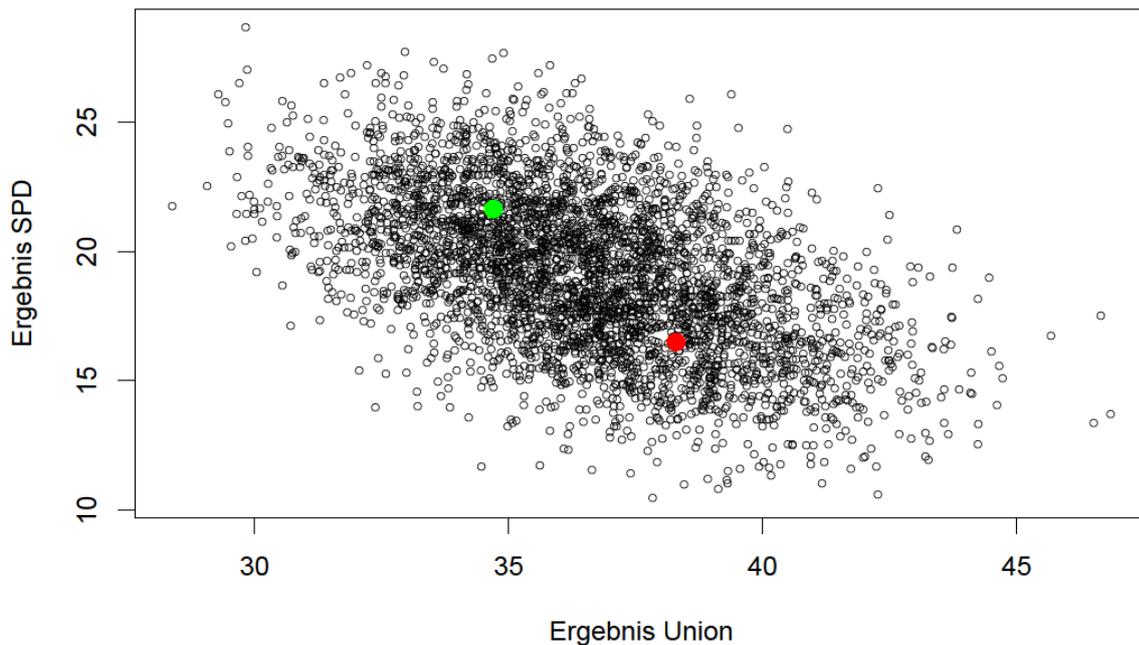
3. Eine Simulation mit 4000 Wahlergebnissen, die sich in einem aktuell realistischen Erwartungsumfeld befinden

Den zuletzt angesprochenen Gedanken setzt die folgende Simulation in umfassender Weise um. Es wurden insgesamt 4000 Wahlergebnisse simuliert, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie sich in einem Erwartungsumfeld befinden, dass aufgrund der aktuellen Trends und Hintergründe als realistisch angenommen werden kann. Solange sich keine grundlegenden Trendumkehrungen ergeben, also völlig neue Konstellationen der Hintergrundbedingungen, kann davon ausgegangen werden, dass das Ergebnis der nächsten Bundestagswahl sich mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit in diesem Erwartungsumfeld befinden würde. Natürlich sind diese Trendumkehrungen bis zu Bundestagswahl möglich, Gründe dafür können in der Bestimmung der Spitzenkandidaten, brisanten Enthüllungen über Parteien oder deren Kandidaten liegen oder einem Stimmungsumschwung der Bevölkerung hinsichtlich der von ihr für ihre Wahlentscheidung als wichtig erachteten Themen. *Unter den **aktuellen** Umständen sind aber diese Schätzungen die besten, die wir machen können, d.h. sie sagen die Ergebnisse voraus, die wir angesichts der aktuellen Informationslage mit plausiblen Gründen am ehesten (mit der höchsten Wahrscheinlichkeit) erwarten würden.*

Für die Generierung der 4000 möglichen Ergebnisse wurde folgendermaßen vorgegangen. Im ersten Schritt wurde eine gleichverteilte Zufallsvariable innerhalb einer Bandbreite von -0,25 bis 1,25 gebildet. Dann wurde dem Ergebnis von 2017 der Differenz- bzw. Trendvektor, der aus den Differenzen der Parteienergebnisse in den aktuellen Umfragen und denen von 2017 besteht, multipliziert mit der Zufallsvariable, zugefügt. Damit erzeuge ich eine Basis von Ergebnissen, die im Wesentlichen irgendwo zwischen dem Ergebnis von 2017 und dem der aktuellen Umfragen liegen und mitunter auch etwas darüber hinausgehen (also im einen Extrem den Trend über die Umfragen hinaus fortsetzen und im anderen Extrem gegen den Trend wieder etwas hinter das Ergebnis von 2017 zurückfallen). In einem zweiten Schritt wurde jedem der sechs Parteienergebnisse (Für CDU und CSU wird in Umfragen immer ein gemeinsames Ergebnis ausgewiesen) eine unabhängige normalverteilte Zufallsvariable mit Mittelwert 0 und Standardabweichung 2 zugefügt, wobei dieser Vektor von Zufallsvariablen über alle sechs Parteien hinweg so normiert wurde, dass die Summe Null ergab. Mit den Zufallsvariablen wird einerseits die Umfrageergebnissen inhärente Unsicherheit berücksichtigt, aber auch, dass es tatsächliche Entwicklungen der Parteienpopularität geben kann, die für eine entsprechende Abweichung sorgen (daher fällt die Streuung auch höher aus, als um bloß für die Unsicherheit von „echten“ Zufallsstichproben zu kompensieren, die wir in der Realität sowieso nie haben). In den Abbildungen 1 und 2 sind die Kombinationen der Ergebnisse von Union und SPD

einerseits und Union und Grüne andererseits als Punktwolke dargestellt, um einen sinnlichen Eindruck des Charakters der Simulation zu vermitteln. Das Ergebnis von 2017 ist in den Grafiken mit einem grünen Punkt markiert, die aktuellen Umfrageergebnisse mit einem roten Punkt.

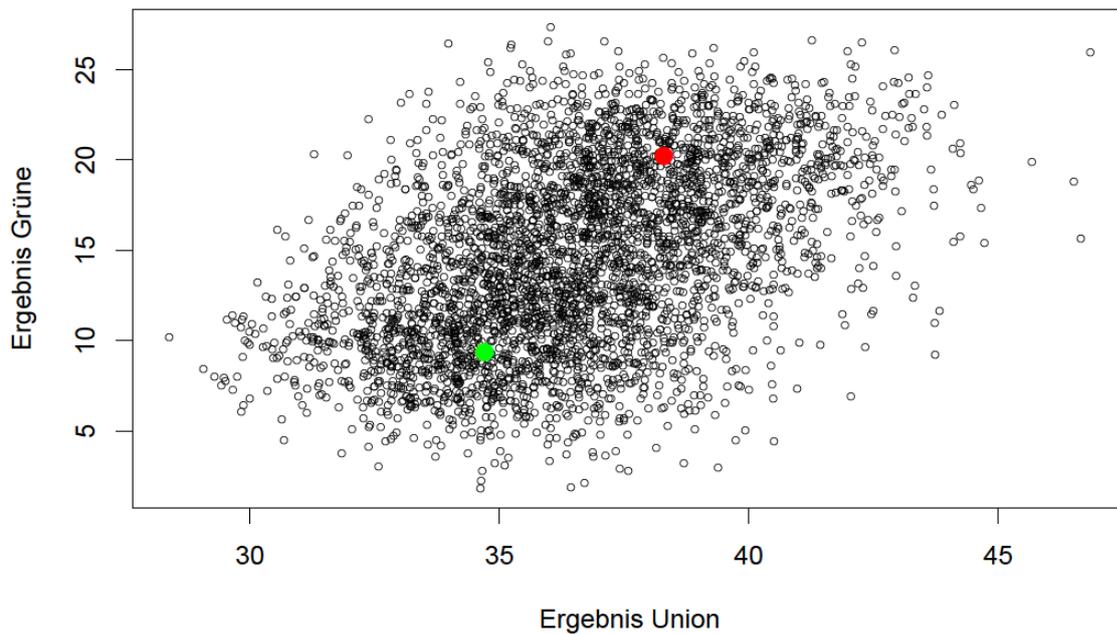
Abbildung 1: Streudiagramm über Ergebnisse von Union und SPD in den 4000 Simulationen (Grün ist Ergebnis von 2017, Rot ist Ergebnis aufgrund aktueller Umfragen)



Wie unmittelbar zu erkennen ist, erfüllt die Simulation den von mir verfolgten Zweck sehr gut, es wird eine Vielzahl von möglichen Ergebnissen generiert, die sich einerseits im näheren Umfeld der Ergebnisse von 2017 und den aktuellen Umfragen bewegen, andererseits aber um diese herum genügend streuen, um den mittleren Ergebnissen eine gewisse Robustheit zu vermitteln. Auf diese Weise können wir nicht mehr nur Punktereignisse in Bezug auf die Bundestagsgröße angeben, sondern haben eine ganze Verteilung solcher Ereignisse, so dass wir auch Intervalle angeben können, innerhalb derer sich bestimmte Parameterwerte wie die Bundestagsgröße oder die Anzahl der Überhangmandate oder zur Verfügung stehende Listenmandate etc. mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit befinden, wobei wir die relative Häufigkeit in diesen Intervallen als Wahrscheinlichkeiten interpretieren. Zumindest im Rahmen eines subjektiven Wahrscheinlichkeitsbegriffs ist diese Interpretation erlaubt, wir sollten aber der Seriosität wegen immer vor Augen haben, dass es sich bei diesen "Wahrscheinlichkeiten" immer um bedingte (subjektive) Wahrscheinlichkeiten handelt, die unter der Annahme

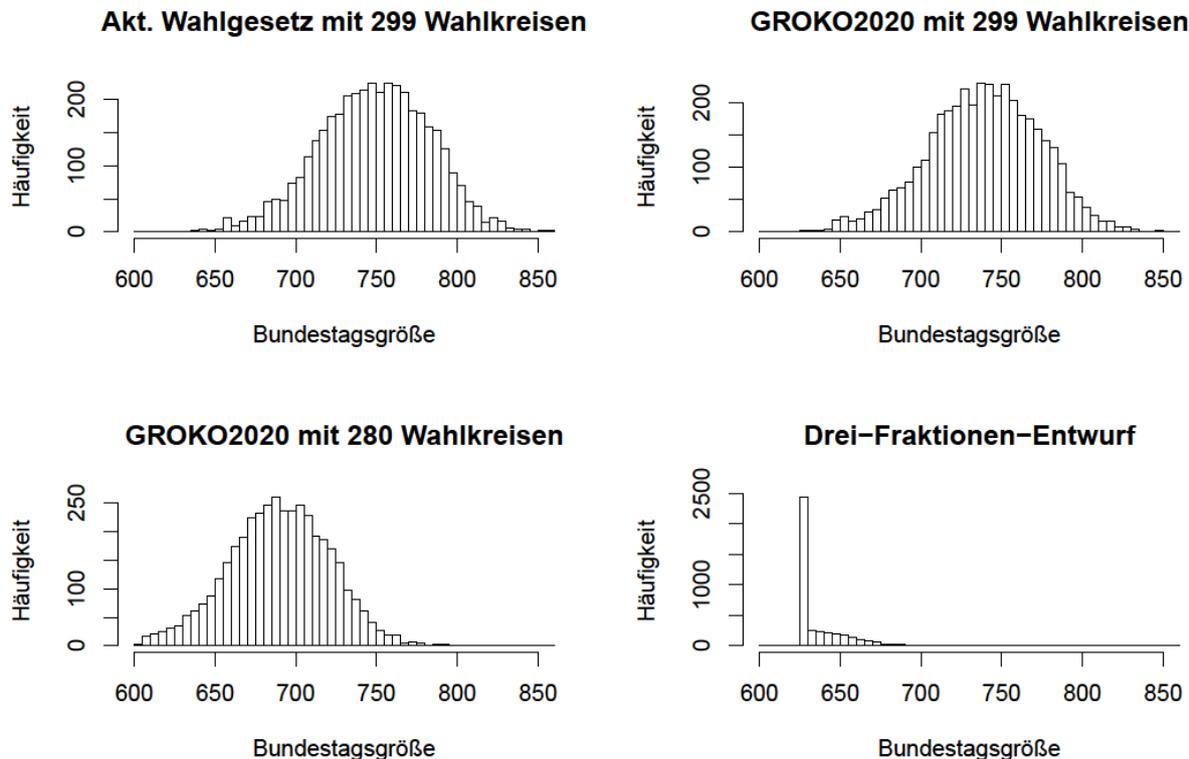
bestimmter Hintergrundbedingungen auftreten. Ein weiterer Vorteil der Generierung dieser Daten besteht darin, dass wir so systematisch die Effekte einzelner Komponenten untersuchen können, weil wir hier die Veränderungen bestimmter Größen in Abhängigkeit der Veränderung anderer Größen darstellen können. Diese Zusammenhänge sind auch verallgemeinerbar für Ergebnisse, die nicht in diesem engen aktuell realistischen Umfeld liegen.

Abbildung 2: Streudiagramm über Ergebnisse von Union und Grünen in den 4000 Simulationen (Grün ist Ergebnis von 2017, Rot ist Ergebnis aufgrund aktueller Umfragen)



Für jedes dieser 4000 möglichen Wahlergebnisse wurden die Sitzverteilungen für das aktuelle Wahlgesetz, den GROKO-Entwurf mit 299 Wahlkreisen, wie er 2021 zur Geltung kommen würde, dem GROKO-Entwurf mit 280 Wahlkreisen, wie er ab 2025 wirken würde, und den Drei-Fraktionen-Entwurf von FDP, Linke und Grünen berechnet. In Abbildung 3 sind die Verteilungen für die Bundestagsgröße für diese Modelle dargestellt.

Abbildung 3: Die Häufigkeitsverteilung der Größe des Bundestags für vier verschiedene Modelle als Histogramme



Diese Grafiken zeigen die Unterschiede unmittelbar erkenntlich auf und sprechen eine deutliche Sprache. Dabei allerdings verniedlichen sie diese Unterschiede sogar noch in gewisser Weise, weil die Skalenwerte der Y-Achse unterschiedlich sind. Für einen eindeutigen Vergleich zwischen den Modellen sollten die Verteilung daher übereinander gelegt werden². Das Ergebnis dieser kombinierten Darstellung ist in Abbildung 4 zu sehen.

Die Ergebnisse sind eindeutig. Die Verteilungskurve für den GROKO-Entwurf, wie er bei der Wahl 2021 angewandt werden soll, unterscheidet sich nur äußerst geringfügig von der für das aktuell geltende Wahlgesetz. Der Effekt kann für unser Szenario möglicher Ergebnisse vor dem aktuell realistischen Hintergrund als bedeutungslos angesehen werden. Wenig überraschend hätte die Verringerung auf 280 Wahlkreise, gegen die sich die Koalitionsparteien lange grundsätzlich gesträubt haben, hingegen einen klar erkennbaren Effekt, im Gegensatz zu den beiden anderen Dämpfungsmaßnahmen, der Verrechnung von Überhangmandaten mit Listenmandaten und den drei unausgeglichenen Überhangmandaten. Allerdings liegt selbst hier ein großer Teil im Bereich der als inakzeptabel, in jedem Fall aber als sehr schlecht zu bewerten

² Dafür wird die diskrete Verteilung mit einem sogenannten Kerndichteschätzer in eine kontinuierliche Form gebracht bzw. „geglättet“. Die Y-Werte sind dabei immer die Mittelwerte, die sich in einer gewissen Umgebung um den kritischen Wert ergeben. Damit der wahre Charakter der Verteilungen möglichst erhalten bleibt, wurde diese Umgebung sehr eng gesetzt, so dass die „geglätteten“ Kurven dennoch immer noch etwas holprig ausfallen.

ist. Der Drei-Fractionen-Entwurf hingegen kommt im ganz überwiegenden Teil auf die Normgröße von 630 und führt nur in seltenen Fällen zu Ergebnissen darüber hinaus und so gut wie nie zu als problematisch anzusehende Ergebnissen.

Abbildung 4: Die Häufigkeitsverteilung der Größe des Bundestags für vier verschiedene Modelle mit Kerndichteschätzern in einer Grafik dargestellt

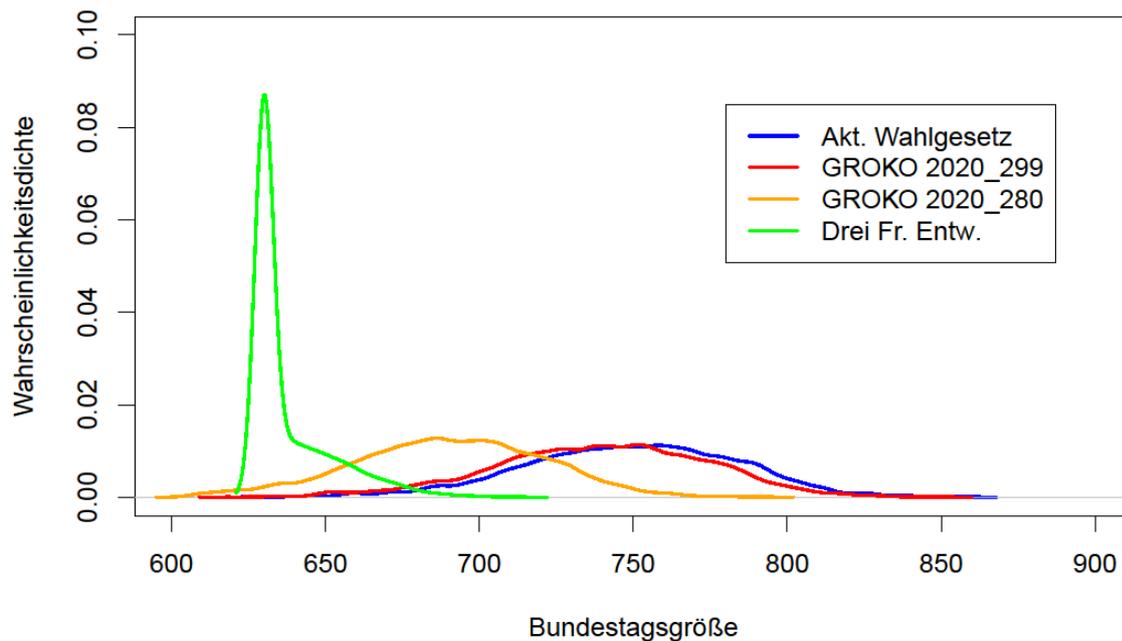


Tabelle 9 zeigt wesentliche Parameterwerte der Verteilungen.

Tabelle 9: Verschiedene Maßzahlen für die einzelnen Modelle

	Aktuelles Wahlgesetz	GROKO 2020 299 Wahlkreise	GROKO 2020 280 Wahlkreise	Drei-Fractionen- Entwurf 250 Wahlkreise
Mittelwert Bundestagsgröße	749,0	739,5	690,3	637,7
Anteil Fälle > 800	5,6%	3,0%	0,0%	0,0%
Anteil Fälle > 750	49,5%	39,1%	2,1%	0,0%
Anteil Fälle >709	87,5%	81,1%	27,4%	0,0%
Anteil Fälle >660	99,1	98,2%	83,3%	8,1%
Anteil Fälle >630	99,98%	99,9%	96,4%	38,9%
Anteil Fälle BG>BG-Drei- Fraktionen-Entwurf		99,9%	96,8%	

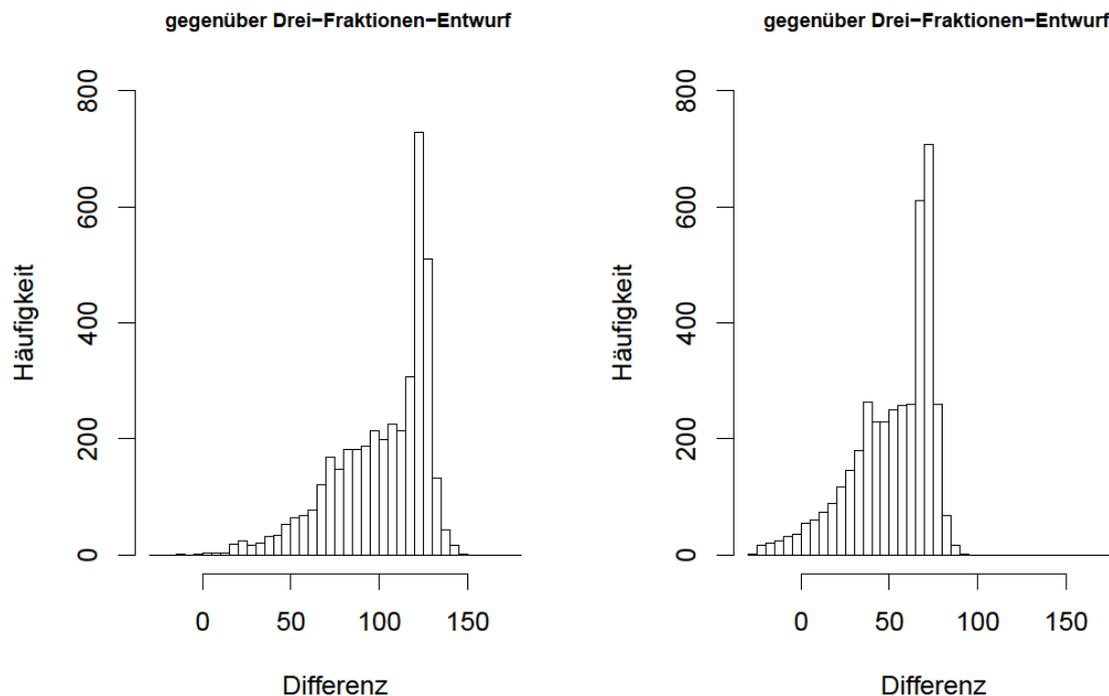
Die Daten belegen, dass unter dem aktuellen realistischen Hintergrundzenario der Vorschlag der Großen Koalition das Problem der Vergrößerung des Bundestags nicht verringern wird. Der Mittelwert der Bundestagsgröße nach dem Entwurf beträgt in der Simulation knapp 740 Sitze. Die Verringerung der Vergrößerung gegenüber dem aktuellen Gesetz beträgt lediglich ca. 10 Sitze. In vier Fünftel der Fälle wird der Bundestag unter Hintergrundbedingungen, die sich im

Umkreis der aktuellen befinden, größer werden als der aktuelle, es wird also zu Vergrößerungen in einem Ausmaß kommen, das allgemein als inakzeptabel betrachtet wurde. In 99,9 Prozent kommt es zu einer Vergrößerung über das Ausmaß hinaus, das seinerzeit Norbert Lammert für ein dringend zu beseitigendes Problem hielt. Man kann insofern hinsichtlich der Erwartungen bezüglich der nächsten Bundestagswahl nahezu von einem Totalversagen des vorgeschlagenen Gesetzes sprechen in Hinsicht auf seine Fähigkeit, das Problem, zu dessen Beseitigung es entworfen wurde, zu lösen. Nicht wesentlich besser sieht es hinsichtlich der Beurteilung der Form aus, in der das Gesetz ab 2025 wirksam werden würde. Der Bundestag würde durchschnittlich auf 690 Sitze anwachsen und immer noch in 96,4 Prozent der Fälle über der von Norbert Lammert festgelegten Schwelle liegen.

Der Drei-Fraktionen-Entwurf von FDP, Linke und Grüne kommt in der Simulation auf eine Bundestagsgröße von im Schnitt 638 Sitzen, also hundert Sitzen weniger als im Gesetzesentwurf der Großen Koalition. In mehr als 60% der Fälle wird die Normgröße von 630 eingehalten und in lediglich 8 Prozent der Fälle kommt es zu einem Bundestag mit mehr als 660 Sitzen, also um eine Vergrößerung von 10 Prozent, während dieser Anteil beim Entwurf der Großen Koalition bei 98 Prozent liegt.

Betrachtet man jeweils für die einzelnen Simulationsergebnisse die Bundestagsgröße unter dem Entwurf der Koalition und dem Drei-Fraktionen-Entwurf, so gilt, dass in 99,9 Prozent der Fälle die Form des GroKo-Entwurfs für 2021 einen größeren Bundestag produzieren würde als der Drei-Fraktionen-Entwurf, wobei der Unterschied wie erwähnt im Mittel 100 Sitze betragen würde. Bei der Form mit 280 Wahlkreisen würde der Drei-Fraktionen-Entwurf in 96,8 Prozent der Fälle einen kleineren Bundestag produzieren, mit einer Differenz von im Mittel immer noch 50 Sitzen. Für eine grafische Darstellung dieser Unterschiede vergleiche Abbildung 5.

Abbildung 5: Überschuss an Bundestagsmandaten des Entwurfs der GROKO gegenüber dem Drei-Fraktionen-Entwurf



Dies wirft die interessante Frage auf, unter welchen Umständen der Entwurf unter dem Drei-Fraktionen-Entwurf liegt und damit in der Regel zu einer Bundestagsgröße von weniger als 630 Sitzen führt. In den Simulationen kommt es auch zu Ergebnissen, bei denen eine Partei oder zwei Parteien an der 5-Prozent-Hürde scheitern und den Einzug ins Parlament verpassen, also ähnlich zu der Situation, wie sie 2013 aufgetreten ist. In diesem Fall kommt es zu einer Erhöhung des effektiven Zweitstimmenanteils der Parteien, die im Bundestag vertreten sind. Diese verteilen nun gewissermaßen unter sich auch die Sitze, die den gescheiterten Parteien aufgrund ihrer Zweitstimmen zugestanden hätten (bei einer Partei, die mit 4 Prozent der Zweitstimmen scheitert, sind das z.B. 24 Mandate). Dadurch kommt es zur Deckung vieler Direktmandate, die sonst als Überhangmandate in Erscheinung getreten wären. Je weniger Parteien im Bundestag vertreten sind, desto geringer wird also die Vergrößerung ausfallen. Tabelle 10 verdeutlicht diesen Zusammenhang. Kommen alle sieben Parteien in den Bundestag, dann beträgt die mittlere Größe sogar knapp 750 Sitze. Scheitert eine Partei an der 5-Prozent-Hürde, verringert sich die erwartete Bundestagsgröße um über 40 Mandate auf etwas mehr als 700 Sitze. Verpassen sogar zwei der derzeit im Bundestag vertretenen sechs (sieben) Parteien den Einzug, reduziert sich die Größe im Mittel auf etwas weniger als 660 Sitze. Allerdings kommt dieses Szenario nur in etwas mehr als einem Prozent der Fälle vor, es ist also sehr

unwahrscheinlich. Der Standardfall ist der, dass alle zur Zeit im Bundestag vertretenen Parteien wieder den Einzug schaffen. Dieses Szenario liegt in über 80 Prozent der Fälle vor.

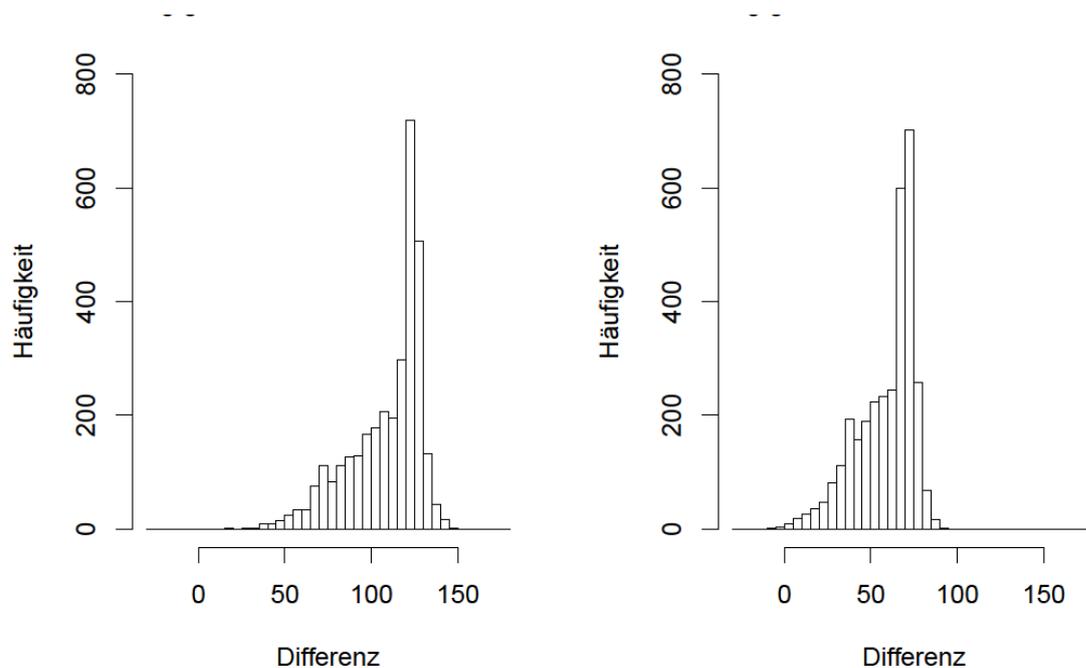
Tabelle 10: Größe des Bundestags in Abhängigkeit der Anzahl der an der 5-Prozent-Hürde gescheiterten Parteien

	Sechs* Parteien	Fünf Parteien	Vier Parteien
Mittelwert	748,7	704,2	657,5
Anzahl Fälle	3221	729	50
Relativer Anteil der Fälle in Prozent	80,5	18,2	1,3

* CDU/CSU werden als eine Partei gezählt, da sie niemals in einem Bundesland gegeneinander antreten

Vergleicht man nun die Bundestagsgrößen zwischen dem Entwurf der Koalition und dem Drei-Fraktionen-Entwurf nur für die 3221 Fälle der Simulation, in denen weiterhin alle Parteien vertreten sind, dann ergibt sich auch hier sogar für die Form des GroKo-Entwurfs mit 280 Wahlkreisen, dass der Drei-Fraktionen-Entwurf in 99,9 Prozent der Fälle zu einer geringeren Sitzzahl führt (Vgl. dazu auch Abbildung 6).

Abbildung 6: Überschuss an Bundestagsmandaten des Entwurfs der GROKO gegenüber dem Drei-Fraktionen-Entwurf, für Selektion von Simulationsfällen, in denen keine der sieben Parteien an der 5-Prozent-Hürde scheitert

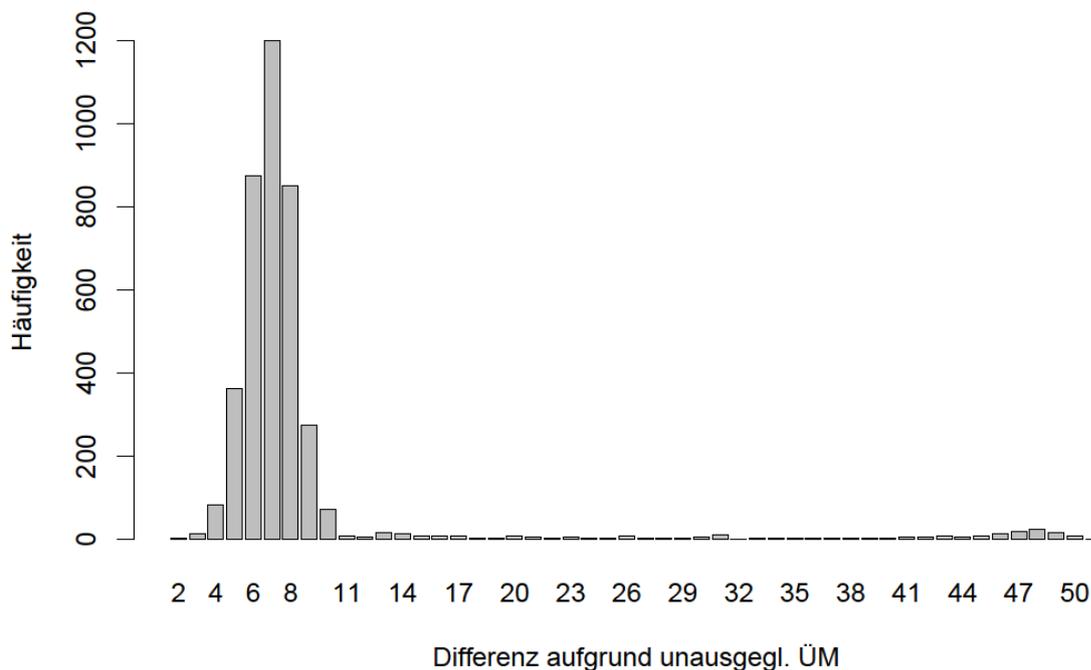


4. Kurze Diskussion der einzelnen Dämpfungsmaßnahmen

4.1. Der Effekt der unausgeglichene drei Überhangmandate

Der Effekt der Reduzierung der Vergrößerung des Bundestags, den der Vorschlag der GroKo ausüben wird, ist wie gezeigt sehr klein und beträgt lediglich ca. 10 Mandate. Im Wesentlichen ist dieser Effekt auf die drei unausgegliehenen Überhangmandate zurückzuführen, da es in den Simulationen kaum zu verrechenbaren Listenmandaten kommt. Um dies noch präziser zu erfassen, wurde in allen 4000 simulierten möglichen Wahlergebnissen ebenfalls berechnet, wie groß der Bundestag geworden wäre, wenn alle Überhangmandate ausgeglichen worden wären. Der Unterschied zum bestehenden System besteht dann nur noch in der Komponente der Verrechnung von Listenmandaten, die aber wie gesagt kaum einen Effekt hat. Die Einsparung durch die drei unausgegliehenen Überhangmandate beträgt im Mittel 8,6 Sitze und verteilt sich wie in Abbildung 7 dargestellt.

Abbildung 7: Häufigkeitsverteilung der Differenzen, die durch unausgeglichene Überhangmandate erzeugt werden



Es ist auffällig, dass sich der ganz überwiegende Teil der Differenzen in einem sehr engen Bereich befindet, im Wesentlichen zwischen 5 und 9 Mandaten, die durch die unausgegliehenen Überhangmandate eingespart werden. Es gibt aber einige „Ausreißer“, bei denen durch die unausgegliehenen Überhangmandate in der Tat bis zu 50 Mandate eingespart würden. Dies

hängt ab davon, welche Partei diese Überhangmandate hat, bzw. bei welcher Partei sie dementsprechend beim vollständigen Ausgleich ausgeglichen werden müssten. Dies zeigt sich in der folgenden Tabelle.

Tabelle 11: Einsparungseffekt aufgrund unausgeglichener Überhangmandate in Abhängigkeit von Partei, die diese erhält

	3 CDU	2 CDU 1 CSU	1 CDU 2 CSU	3 CSU
Mittelwert	6,9	7,9	21,7	44,4
Anzahl Fälle	3642	130	87	141
Relativer Anteil der Fälle in Prozent	91,1	3,3	2,1	3,5

* CDU/CSU werden als eine Partei gezählt, da sie niemals in einem Bundesland gegeneinander antreten

In über 90 Prozent der Fälle sind die drei unausgeglichene Überhangmandate welche der CDU und der Einspareffekt beträgt im Mittel knapp 7 Sitze. Ein spürbarer Einspareffekt tritt nur auf, wenn die CSU mindestens zwei der drei unausgeglichene Überhangmandate erhält. Sind alle drei unausgeglichene Überhangmandate welche der CSU, dann beträgt der Einspareffekt 44,4 Sitze, was der bekannten Einsicht entspricht, dass eben Überhangmandate der CSU mit ca. 15 Sitzen ausgeglichen werden müssen. Dieser Fall tritt aber nur in 3,5 Prozent der Fälle auf.

Die unausgeglichene Überhangmandate führen also in der Regel nur zu einem äußerst überschaubaren Einspareffekt von nur sechs bis acht Sitzen. Sie sind aber darüber hinaus verfassungswidrig, da sie gegen das Prinzip der Erfolgswertgleichheit verstoßen. Eine Abweichung vom Prinzip der Erfolgswertgleichheit sah das Bundesverfassungsgericht in seinen frühen Entscheidungen nur dann als gerechtfertigt an, wenn hierfür das Vorliegen eines „zwingenden Grund(es)“³ geltend gemacht werden kann. Ein solcher zwingender Grund besteht z.B. bei der Sicherung der Regierungstabilität, wonach die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes durch die Fünfprozenthürde hingenommen werden darf, um die Entstehung von Splitterparteien zu verhindern. Im Zusammenhang mit Überhangmandaten wurde der zwingende Grund bisher dahingehend interpretiert, dass Überhangmandate „nur insoweit verfassungsrechtlich unbedenklich (sind), als ihre Zuteilung die notwendige Folge des spezifischen Zieles der personalisierten Verhältniswahl ist“⁴. Auch das gern zitierte Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2012, wonach bis zu 15 unausgeglichene Überhangmandate zulässig wären, folgt offenkundig dieser Logik, dass vom „Grundcharakter der Verhältniswahl“

³ Vgl. BVerfGE 1, 208: 249.

⁴ Vgl. BVerfGE 16, 130: 140.

nur abgewichen werden darf, wenn damit wichtige Prinzipien geschützt werden sollen. Im vorliegenden Entwurf gibt es aber keinerlei schützenswertes Gut, für dessen Erhalt die Einführung von drei unausgeglichene Überhangmandaten notwendig wäre. Der Effekt ist lediglich der eines Bonus für die Partei, die diese Mandate über den Sitzanspruch hinaus erhält, der ihr aufgrund ihrer Zweitstimmen zustehen würde. Auch der Effekt hinsichtlich der Reduzierung der Vergrößerung kann kein solches schützenswertes Gut sein, weil er erstens wie gezeigt sehr gering ausfällt und zweitens, weil die Reduktion der Vergrößerung nicht aus verfassungsrechtlich zwingenden Gründen geboten ist, sondern ein Gebot der politischen Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern und Steuerzahlern und der politischen Klugheit darstellt. Selbst die spürbare Reduktion, wenn es um Überhangmandate der CSU ist, kann kein schlüssiges Argument sein. Denn man kann kaum die Vorzüge eines Designs preisen, das in etwas mehr als 3 Prozent der Fälle eine Reduktion um 44 Sitze – mit einer dann immer noch verbleibenden Größe von durchschnittlich 713 Sitzen – erzielt, das aber in mehr als 80 Prozent der Fälle ein inakzeptables Ergebnis hervorbringt.

4.2. Der Effekt der Verrechnung der Listenmandate

Der Effekt der Verrechnung mit Listenmandaten ist nahezu ignorierbar unter den gegebenen Umständen. Er tritt bestenfalls auf in Szenarios, die denen der Wahl von 2009 gleichen. Darüber hinaus aber gibt es hier eine theoretische Eigenschaft des Mechanismus, die durchaus problematisch ist. Dadurch nämlich, dass die Listenmandate in einem Bundesland bis zur Hälfte der Anzahl, in der sie dort anfallen, für die Kompensation von Überhangmandaten geopfert werden dürfen, kommt es zu widersinnigen und willkürlichen Effekten, die nicht begründet werden können.

Die Regel für die Verrechnung von Überhangmandaten mit Listenmandaten, wie sie in bisherigen Vorschlägen auftaucht wie z.B. auch dem Drei-Fraktionen-Entwurf, ist die Verwirklichung eines Prinzips, nämlich dem Proporzprinzip unter Berücksichtigung der Nebenbedingung der Garantie der Direktmandate. Die neue Häufigkeitsregel hingegen kann durch kein dahinterliegendes Prinzip begründet werden, die Rechtfertigung der Regel erfolgt also durch die Regel selbst. Insofern weist die Regel willkürliche und widersinnige Züge auf. Ich will dies mit einem Beispiel illustrieren. Gehen wir von zwei gleichgroßen Listen (also gleichgroßem Sitzanspruch aufgrund von Zweitstimmen) der Partei mit Überhangmandaten aus und acht zu kompensierenden ÜM. D.h. nur diese zwei Listen stehen für die Kompensation zur Verfügung, in allen anderen Bundesländern gibt es keine Listenmandate mehr, die hier zur Verfügung stehen würden.

Fall 1:

A: 40 PM, 26 DM

B: 40 PM, 26 DM

Dann müssten beide Landeslisten jeweils vier ihrer 14 echten Listenmandate abgeben.

Fall 2:

A: 40 PM, 36 DM

B: 40 PM, 26 DM

Jetzt muss A nur noch zwei abgeben und B muss die restlichen sechs abgeben. D.h. die Landesliste in B muss nun mehr Listenmandate abgeben als in Fall 1, nur weil die Direktmandate der Partei in A gestiegen sind, *obwohl dort immer noch genügend Listenmandate zur Kompensation der ÜM zur Verfügung stünden, mit denen A seinen "fairen Beitrag" leisten könnte*. Die zwei Listenmandate, die A jetzt nicht mehr abgeben muss, sind also auf besondere Weise geschützt und haben damit einen Überlebensvorteil gegenüber den Listenmandaten der Partei in B. Damit geht es hier nicht um einen Trade-Off zwischen Listen- und Direktmandaten, wie er bei der Kompensation insgesamt stattfindet, sondern um einen *zwischen Listenmandaten und Listenmandaten*. Die Direktmandate in einem Bundesland schützen damit nicht nur sich selbst, sondern auch die Listenmandate in ihrer regionalen Umgebung. Dadurch kommt es zu einer Ungleichbehandlung der Listenmandate, inwiefern diese zur Kompensation für Überhangmandate herangezogen werden können, die nicht mit einem substanziellen Argument begründet werden kann.

4.3. Der Effekt der Verkleinerung der Anzahl der Wahlkreise

Die Verkleinerung der Wahlkreise ist die einzige Komponente des Entwurfs, die einen wirklich merkbaren Effekt ausüben würde. Allerdings fällt dieser immer noch viel zu gering aus, um das vorliegende Problem zu beheben und selbst in dieser maßvollen Wirkung würde er erst ab 2025 zur Geltung kommen. Um das Problem effektiv zu bekämpfen, wäre eine Reduktion in deutlich größerem Maße nötig (vgl. auch Pukelsheim 2018, 2019).

5. Schlussbetrachtung

Das Übel der Vergrößerung besteht nicht darin, dass ein vergrößerter Bundestag funktionsunfähig würde, sondern dass ein Bundestag der Normgröße nicht weniger funktionsfähig wäre. Der oft gemachte Hinweis, der Deutsche Bundestag sei auch mit 709 Mitgliedern keineswegs überproportioniert, indem man bemerkt, dass es in kleinen Ländern wie Dänemark oder den Niederlanden sogar mehr Abgeordnete pro Kopf gäbe, ist unsinnig, denn die funktionalen Erfordernisse an ein Parlament richten sich an der Breite der politischen Bereiche aus und nur unwesentlich an der Größe der Bevölkerung. Ein kleines Land benötigt in der Regel genau dieselben Ausschüsse wie ein großes. In einem größeren Land müssen allerdings tendenziell mehr politische Strömungen abgebildet werden, die auch regional geprägt sein können, der Bedarf an diesbezüglicher Repräsentation steigt aber definitiv nicht linear bzw. proportional zur Größe der Bevölkerung. Die empirische Forschung legt daher nahe, dass die Größe des Parlaments eine konkave Funktion der Bevölkerungsgröße ist, was bedeutet, dass eine doppelt so große Bevölkerung eben kein doppelt so großes Parlament benötigt, sondern lediglich ein kleineres. Am weitesten verbreitet ist dabei die Formel, dass der Zusammenhang approximativ so dargestellt werden kann, dass die Parlamentsgröße ungefähr der Kubikwurzel der Bevölkerungszahl entspricht (Taagepera 1972; Taagepera/Shugart 1989). Bei einer Bevölkerungsgröße von ca. 83 Millionen käme man demnach auf eine Parlamentsgröße von weniger als 440 Sitzen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass sich die Komplexität der Politik in den letzten Jahrzehnten deutlich erweitert hat und somit eine größere Arbeitsteilung und Spezialisierung bei politischen Entscheidungsprozessen notwendig geworden ist, kann man wohl getrost davon ausgehen, dass all diese Funktionen in zufriedenstellender Weise von einem Parlament der Größe von 598 Sitzen erfüllt werden können.

Da die Vermeidung der Vergrößerung des Parlaments nicht zwingend aus verfassungsrechtlichen Gründen geboten scheint, ist das Übel eines, über das politisch entschieden werden muss und die Kriterien für diese Entscheidung sind weniger im Verfassungsrecht als vielmehr in der politischen ethischen Verantwortung zu sehen. Ist die Vergrößerung aber als Übel erkannt, dann ist die Unterlassung der Verhinderung eines Übels hinsichtlich der Verantwortlichkeit gleichzusetzen mit der Schaffung eines Übels. Dass der Schaden der Vergrößerung des Bundestags vor allem darin zu sehen ist, dass hierdurch das Vertrauen der Bürger in ihre elementaren politischen Institutionen untergraben wird, ist eine Auffassung, die von Politikern und Verfassungsrechtlern und Politologen gleichermaßen geteilt wird. So sprach der Bundestagspräsident in dem schon erwähnten Interview auch davon, dass

das Ansehen des Bundestags in der Öffentlichkeit Schaden nehme, wenn er in dieser Angelegenheit nichts unternahme. Auch der Alterspräsident des Bundestags Hermann Otto Solms sprach bei seiner Eröffnungsrede der 19. Legislaturperiode von einem „aufgeblähten Parlament“, unter dessen Größe „Ansehen und Arbeitsfähigkeit“ leide⁵. In das gleiche Horn bliesen 102 Verfassungsrechtler, die sich aus „Sorge um das Ansehen der Demokratie“ in einem öffentlichen Appell für eine schnelle Reform des Wahlgesetzes ausgesprochen haben⁶ und die durch die Handlungsunfähigkeit der Parteien bezüglich der Reform auch das „Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie“ erschüttert sehen. Dabei betonten sie ganz besonders, dass auf keinen Fall der Eindruck entstehen dürfe, „viele Abgeordnete würden die dringend nötigen Änderungen verzögern, weil das eigene Hemd ihnen wichtiger sei als der Gemeinwohlrock“. Auf den Aspekt, dass eine unzulängliche Reform der Reputation des Parlaments Schaden zufügen würde, wies auch der Vizepräsident des Bundestags, Thomas Oppermann, in einem Interview im Sommer 2020 hin⁷: “Die Bürger empfinden die große Zahl von zusätzlichen Überhang- und Ausgleichsmandaten nicht als Konsequenz unseres Wahlsystems, sondern als Selbstbedienung der Parteien. Es wäre deshalb ein schwerer Schaden für unsere Demokratie, wenn wir es als Parlament nicht schaffen, die Mandate zu begrenzen.”

Der Entwurf der Großen Koalition ist nicht in der Lage, diesen Schaden zu vermeiden. Selbst ein „bestimmungsgemäßer Gebrauch“ dieses Wahlgesetzes würde mit sehr großer Wahrscheinlichkeit zu einer Vergrößerung des Bundestags führen, die im Sinne der oben genannten Zitate als unannehmbar gelten muss. Natürlich könnten die Umstände der nächsten und erst recht der übernächsten Wahl völlig andere sein, unter denen das Versagen des Entwurfs nicht so augenscheinlich zutage treten würde. Aber wenn „alles gut wäre“, dann käme es erst zu gar keiner Vergrößerung bzw. den Umständen, die eine solche begünstigen. Wenn alles gut wäre, bräuchten wir überhaupt keine Reform. Aber eine Reform, die nur in den Fällen ein gutes Ergebnis hervorbringt, in denen sie überflüssig wäre, kann schwerlich eine gute Reform sein.

⁵ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article169983673/Groesse-des-Bundestags-gefahrdet-Ansehen-und-Arbeitsfaehigkeit.html>

⁶ https://gfx.sueddeutsche.de/pdf/Brief_Wahlrechtsreform.pdf

⁷ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlrecht-spd-bundestagsvize-thomas-oppermann-will-notfalls-mit-opposition-stimmen-a-d84993fb-a7df-4aca-b1b4-e7d2027d1d35>

Literatur

Behnke, Joachim (2013): Das neue Wahlgesetz, sicherlich nicht das letzte. In: Recht und Politik, 2013 Heft 1, 1-10.

Behnke, Joachim (2014): Das neue Wahlgesetz – oder: Was lange währt, wird nicht unbedingt gut, in: Reimut Zohlnhöfer/ Thomas Saalfeld (Hg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden, 49-72.

Pukelsheim, Friedrich. 2018. 598 Sitze im Bundestag statt 709? 200 Wahlkreise statt 299! Deutsches Verwaltungsblatt Heft 3:153-160.

Pukelsheim, Friedrich. 2019. Bundestag der Tausend – Berechnungen zu Reformvorschlägen für das Bundeswahlgesetz. Zeitschrift für Parlamentsfragen 50/3:469-477.

Taagepera, R., 1972. The size of national assemblies. Soc. Sci. Res. 1 (4), 385-401.

Taagepera, R., Shugart, M.S., 1989. Seats and Votes: the Effects and Determinants of Electoral Systems. Yale University Press, New Haven.

Anhang

2017

Tabelle Z: Verteilung der für die Sitzverteilung relevanten Zweitstimmen

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	982370	2061687	0	762008	807205	380727	730499	5724496
Bayern	1130931	0	2869688	751248	722116	450803	916300	6841086
Berlin	334253	424321	0	167046	234947	351170	225170	1736907
Brandenburg	261822	397839	0	105485	74971	255721	301103	1396941
Bremen	88944	83409	0	31056	36733	44629	33244	318015
Hamburg	229862	266312	0	105610	136371	119076	76511	933742
Hessen	788427	1033200	0	386742	323736	271158	398712	3201975
Mecklenburg-Vorpommern	139689	307263	0	57895	39514	165368	172409	882138
Niedersachsen	1275172	1623481	0	431405	404825	322979	422362	4480224
Nordrhein-Westfalen	2557876	3214013	0	1293052	744970	736904	928425	9475240
Rheinland-Pfalz	570518	848003	0	245235	179233	160912	265688	2269589
Saarland	158895	189573	0	44477	35117	75448	58920	562430
Sachsen	261105	665751	0	203662	113608	398627	669940	2312693
Sachsen-Anhalt	188980	377411	0	96555	46243	220858	244401	1174448
Schleswig-Holstein	399505	583135	0	216844	205471	124678	140362	1669995
Thüringen	171032	372258	0	101129	53340	218212	294069	1210040
Bund	9539381	12447656	2869688	4999449	4158400	4297270	5878115	44189959

Tabelle P: Verteilung der Sitze nach dem ersten Zuteilungsschritt für Bundestagswahlergebnisse (zuerst länderkontingente aufgrund Bevölkerungszahl, anschließend proportionale Verteilung auf die Landeslisten der Parteien in dem jeweiligen Bundesland nach Zweitstimmen)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	13	27	0	10	11	5	10	76
Bayern	15	0	39	10	10	6	13	93
Berlin	5	6	0	2	3	5	3	24
Brandenburg	4	6	0	1	1	4	4	20
Bremen	1	1	0	0	1	1	1	5
Hamburg	3	3	0	1	2	2	1	12
Hessen	11	14	0	5	4	4	5	43
Mecklenburg-Vorpommern	2	4	0	1	1	2	3	13
Niedersachsen	17	21	0	6	5	4	6	59
Nordrhein-Westfalen	35	43	0	17	10	10	13	128
Rheinland-Pfalz	8	11	0	3	2	2	4	30
Saarland	2	2	0	1	0	1	1	7
Sachsen	4	9	0	3	2	5	9	32
Sachsen-Anhalt	3	5	0	1	1	3	4	17
Schleswig-Holstein	5	7	0	3	3	2	2	22
Thüringen	3	5	0	1	1	3	4	17
Bund	131	164	39	65	57	59	83	598

Tabelle D: Verteilung der Direktmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	38	0	0	0	0	0	38
Bayern	0	0	46	0	0	0	0	46
Berlin	3	4	0	0	1	4	0	12
Brandenburg	1	9	0	0	0	0	0	10
Bremen	2	0	0	0	0	0	0	2
Hamburg	5	1	0	0	0	0	0	6
Hessen	5	17	0	0	0	0	0	22
Mecklenburg-Vorpommern	0	6	0	0	0	0	0	6
Niedersachsen	14	16	0	0	0	0	0	30
Nordrhein-Westfalen	26	38	0	0	0	0	0	64
Rheinland-Pfalz	1	14	0	0	0	0	0	15
Saarland	1	3	0	0	0	0	0	4
Sachsen	0	12	0	0	0	1	3	16
Sachsen-Anhalt	0	9	0	0	0	0	0	9
Schleswig-Holstein	1	10	0	0	0	0	0	11
Thüringen	0	8	0	0	0	0	0	8
Bund	59	185	46	0	1	5	3	299

Tabelle Ü: Verteilung der Überhangmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	11	0	0	0	0	0	11
Bayern	0	0	7	0	0	0	0	7
Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	0	3	0	0	0	0	0	3
Bremen	1	0	0	0	0	0	0	1
Hamburg	2	0	0	0	0	0	0	2
Hessen	0	3	0	0	0	0	0	3
Mecklenburg-Vorpommern	0	2	0	0	0	0	0	2
Niedersachsen	0	0	0	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	0	3	0	0	0	0	0	3
Saarland	0	1	0	0	0	0	0	1
Sachsen	0	3	0	0	0	0	0	3
Sachsen-Anhalt	0	4	0	0	0	0	0	4
Schleswig-Holstein	0	3	0	0	0	0	0	3
Thüringen	0	3	0	0	0	0	0	3
Bund	3	36	7	0	0	0	0	46

Tabelle MS: Verteilung der Mindestsitze nach §6 Abs. 5 Satz2

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	7	38	0	5	6	3	5	64
Bayern	8	0	46	5	5	3	7	74
Berlin	4	5	0	1	2	5	2	19
Brandenburg	3	9	0	1	1	2	2	18
Bremen	2	1	0	0	1	1	1	6
Hamburg	5	2	0	1	1	1	1	11
Hessen	8	17	0	3	2	2	3	35
Mecklenburg-Vorpommern	1	6	0	1	1	1	2	12
Niedersachsen	16	19	0	3	3	2	3	46
Nordrhein-Westfalen	31	41	0	9	5	5	7	98
Rheinland-Pfalz	5	14	0	2	1	1	2	25
Saarland	2	3	0	1	0	1	1	8
Sachsen	2	12	0	2	1	3	6	26
Sachsen-Anhalt	2	9	0	1	1	2	2	17
Schleswig-Holstein	3	10	0	2	2	1	1	19
Thüringen	2	8	0	1	1	2	2	16
Bund	101	194	46	38	33	35	47	494

Tabelle EV: Endverteilung der Mandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	15	38	0	11	12	6	11	93
Bayern	17	0	46	11	11	7	14	106
Berlin	5	5	0	3	3	5	3	24
Brandenburg	4	9	0	2	1	4	5	25
Bremen	2	1	0	0	1	1	1	6
Hamburg	5	2	0	2	2	2	1	14
Hessen	12	17	0	6	5	4	6	50
Mecklenburg-Vorpommern	2	6	0	1	1	3	3	16
Niedersachsen	20	19	0	7	6	5	7	64
Nordrhein-Westfalen	39	41	0	20	11	11	14	136
Rheinland-Pfalz	9	14	0	4	3	3	4	37
Saarland	2	3	0	1	1	1	1	9
Sachsen	4	12	0	3	2	6	10	37
Sachsen-Anhalt	3	9	0	1	1	3	4	21
Schleswig-Holstein	6	10	0	3	3	2	2	26
Thüringen	3	8	0	2	1	3	5	22
Bund	148	194	46	77	64	66	91	686

Tabelle A: Verteilung der Ausgleichsmandate (Differenz zwischen Endverteilung und Proporzmandaten bei Ausgangsgröße)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	2	11	0	1	1	1	1	17
Bayern	2	0	7	1	1	1	1	13
Berlin	0	-1	0	1	0	0	0	0
Brandenburg	0	3	0	1	0	0	1	5
Bremen	1	0	0	0	0	0	0	1
Hamburg	2	-1	0	1	0	0	0	2
Hessen	1	3	0	1	1	0	1	7
Mecklenburg-Vorpommern	0	2	0	0	0	1	0	3
Niedersachsen	3	-2	0	1	1	1	1	5
Nordrhein-Westfalen	4	-2	0	3	1	1	1	8
Rheinland-Pfalz	1	3	0	1	1	1	0	7
Saarland	0	1	0	0	1	0	0	2
Sachsen	0	3	0	0	0	1	1	5
Sachsen-Anhalt	0	4	0	0	0	0	0	4
Schleswig-Holstein	1	3	0	0	0	0	0	4
Thüringen	0	3	0	1	0	0	1	5
Bund	17	30	7	12	7	7	8	88

Tabelle V: Vergleichende Übersichtszusammenstellung von Proporzmandaten PM (erster Zuteilungsschritt), Direktmandaten DM und Mindestsitzen MS für SPD, CDU und CSU entsprechend den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017

Region	SPD			CDU			CSU		
	PM	DM	MS	PM	DM	MS	PM	DM	MS
Baden-Württemberg	13	0	7	27	38	38	0	0	0
Bayern	15	0	8	0	0	0	39	46	46
Berlin	5	3	4	6	4	5	0	0	0
Brandenburg	4	1	3	6	9	9	0	0	0
Bremen	1	2	2	1	0	1	0	0	0
Hamburg	3	5	5	3	1	2	0	0	0
Hessen	11	5	8	14	17	17	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	2	0	1	4	6	6	0	0	0
Niedersachsen	17	14	16	21	16	19	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	35	26	31	43	38	41	0	0	0
Rheinland-Pfalz	8	1	5	11	14	14	0	0	0
Saarland	2	1	2	2	3	3	0	0	0
Sachsen	4	0	2	9	12	12	0	0	0
Sachsen-Anhalt	3	0	2	5	9	9	0	0	0
Schleswig-Holstein	5	1	3	7	10	10	0	0	0
Thüringen	3	0	2	5	8	8	0	0	0
Bund	131	59	101	164	185	194	39	46	46

2013

Tabelle Z: Verteilung der für die Sitzverteilung relevanten Zweitstimmen

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	1160424	2576606	0	0	623294	272456	0	4632780
Bayern	1314009	0	3243569	0	552818	248920	0	5359316
Berlin	439387	508643	0	0	220737	330507	0	1499274
Brandenburg	321174	482601	0	0	65182	311312	0	1180269
Bremen	117204	96459	0	0	40014	33284	0	286961
Hamburg	288902	285927	0	0	112826	78296	0	765951
Hessen	906906	1232994	0	0	313135	188654	0	2641689
Mecklenburg-Vorpommern	154431	369048	0	0	37716	186871	0	748066
Niedersachsen	1470005	1825592	0	0	391901	223935	0	3911433
Nordrhein-Westfalen	3028282	3776563	0	0	760642	582925	0	8148412
Rheinland-Pfalz	608910	958655	0	0	169372	120338	0	1857275
Saarland	174592	212368	0	0	31998	56045	0	475003
Sachsen	340819	994601	0	0	113916	467045	0	1916381
Sachsen-Anhalt	214731	485781	0	0	46858	282319	0	1029689
Schleswig-Holstein	513725	638756	0	0	153137	84177	0	1389795
Thüringen	198714	477283	0	0	60511	288615	0	1025123
Bund	11252215	14921877	3243569	0	3694057	3755699	0	36867417

Tabelle P: Verteilung der Sitze nach dem ersten Zuteilungsschritt für Bundestagswahlergebnisse (zuerst länderkontingente aufgrund Bevölkerungszahl, anschließend proportionale Verteilung auf die Landeslisten der Parteien in dem jeweiligen Bundesland nach Zweitstimmen)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	19	43	0	0	10	4	0	76
Bayern	23	0	56	0	9	4	0	92
Berlin	7	8	0	0	4	5	0	24
Brandenburg	5	8	0	0	1	5	0	19
Bremen	2	1	0	0	1	1	0	5
Hamburg	5	5	0	0	2	1	0	13
Hessen	15	20	0	0	5	3	0	43
Mecklenburg-Vorpommern	3	6	0	0	1	3	0	13
Niedersachsen	22	28	0	0	6	3	0	59
Nordrhein-Westfalen	48	59	0	0	12	9	0	128
Rheinland-Pfalz	10	15	0	0	3	2	0	30
Saarland	3	3	0	0	0	1	0	7
Sachsen	6	16	0	0	2	8	0	32
Sachsen-Anhalt	4	8	0	0	1	5	0	18
Schleswig-Holstein	8	10	0	0	3	1	0	22
Thüringen	3	8	0	0	1	5	0	17
Bund	183	238	56	0	61	60	0	598

Tabelle D: Verteilung der Direktmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	38	0	0	0	0	0	38
Bayern	0	0	45	0	0	0	0	45
Berlin	2	5	0	0	1	4	0	12
Brandenburg	1	9	0	0	0	0	0	10
Bremen	2	0	0	0	0	0	0	2
Hamburg	5	1	0	0	0	0	0	6
Hessen	5	17	0	0	0	0	0	22
Mecklenburg-Vorpommern	0	6	0	0	0	0	0	6
Niedersachsen	13	17	0	0	0	0	0	30
Nordrhein-Westfalen	27	37	0	0	0	0	0	64
Rheinland-Pfalz	1	14	0	0	0	0	0	15
Saarland	0	4	0	0	0	0	0	4
Sachsen	0	16	0	0	0	0	0	16
Sachsen-Anhalt	0	9	0	0	0	0	0	9
Schleswig-Holstein	2	9	0	0	0	0	0	11
Thüringen	0	9	0	0	0	0	0	9
Bund	58	191	45	0	1	4	0	299

Tabelle Ü: Verteilung der Überhangmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	0	0	0	0	0	0	0
Bayern	0	0	0	0	0	0	0	0
Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	0	1	0	0	0	0	0	1
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
Hessen	0	0	0	0	0	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	0	0	0	0
Niedersachsen	0	0	0	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	0	0	0	0
Saarland	0	1	0	0	0	0	0	1
Sachsen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachsen-Anhalt	0	1	0	0	0	0	0	1
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	0	0	0	0
Thüringen	0	1	0	0	0	0	0	1
Bund	0	4	0	0	0	0	0	4

Tabelle MS: Verteilung der Mindestsitze nach §6 Abs. 5 Satz2

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	10	41	0	0	5	2	0	58
Bayern	12	0	51	0	5	2	0	70
Berlin	5	7	0	0	3	5	0	20
Brandenburg	3	9	0	0	1	3	0	16
Bremen	2	1	0	0	1	1	0	5
Hamburg	5	3	0	0	1	1	0	10
Hessen	10	19	0	0	3	2	0	34
Mecklenburg-Vorpommern	2	6	0	0	1	2	0	11
Niedersachsen	18	23	0	0	3	2	0	46
Nordrhein-Westfalen	38	48	0	0	6	5	0	97
Rheinland-Pfalz	6	15	0	0	2	1	0	24
Saarland	2	4	0	0	0	1	0	7
Sachsen	3	16	0	0	1	4	0	24
Sachsen-Anhalt	2	9	0	0	1	3	0	15
Schleswig-Holstein	5	10	0	0	2	1	0	18
Thüringen	2	9	0	0	1	3	0	15
Bund	125	220	51	0	36	38	0	470

Tabelle EV: Endverteilung der Mandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	20	43	0	0	10	5	0	78
Bayern	22	0	56	0	9	4	0	91
Berlin	8	9	0	0	4	6	0	27
Brandenburg	5	9	0	0	1	5	0	20
Bremen	2	2	0	0	1	1	0	6
Hamburg	5	5	0	0	2	1	0	13
Hessen	16	21	0	0	5	3	0	45
Mecklenburg-Vorpommern	3	6	0	0	1	3	0	13
Niedersachsen	25	31	0	0	6	4	0	66
Nordrhein-Westfalen	52	63	0	0	13	10	0	138
Rheinland-Pfalz	10	16	0	0	3	2	0	31
Saarland	3	4	0	0	1	1	0	9
Sachsen	6	17	0	0	2	8	0	33
Sachsen-Anhalt	4	9	0	0	1	5	0	19
Schleswig-Holstein	9	11	0	0	3	1	0	24
Thüringen	3	9	0	0	1	5	0	18
Bund	193	255	56	0	63	64	0	631

Tabelle A: Verteilung der Ausgleichsmandate (Differenz zwischen Endverteilung und Proporzmandaten bei Ausgangsgröße)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	1	0	0	0	0	1	0	2
Bayern	-1	0	0	0	0	0	0	-1
Berlin	1	1	0	0	0	1	0	3
Brandenburg	0	1	0	0	0	0	0	1
Bremen	0	1	0	0	0	0	0	1
Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
Hessen	1	1	0	0	0	0	0	2
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	0	0	0	0
Niedersachsen	3	3	0	0	0	1	0	7
Nordrhein-Westfalen	4	4	0	0	1	1	0	10
Rheinland-Pfalz	0	1	0	0	0	0	0	1
Saarland	0	1	0	0	1	0	0	2
Sachsen	0	1	0	0	0	0	0	1
Sachsen-Anhalt	0	1	0	0	0	0	0	1
Schleswig-Holstein	1	1	0	0	0	0	0	2
Thüringen	0	1	0	0	0	0	0	1
Bund	10	17	0	0	2	4	0	33

Tabelle V: Übersichtszusammenstellung von Proporzmandaten PM (erster Zuteilungsschritt), Direktmandaten DM und Mindestsitzen MS für SPD, CDU und CSU entsprechend den Ergebnissen der Bundestagswahl 2013

Region	SPD			CDU			CSU		
	PM	DM	MS	PM	DM	MS	PM	DM	MS
Baden-Württemberg	19	0	10	43	38	41	0	0	0
Bayern	23	0	12	0	0	0	56	45	51
Berlin	7	2	5	8	5	7	0	0	0
Brandenburg	5	1	3	8	9	9	0	0	0
Bremen	2	2	2	1	0	1	0	0	0
Hamburg	5	5	5	5	1	3	0	0	0
Hessen	15	5	10	20	17	19	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	3	0	2	6	6	6	0	0	0
Niedersachsen	22	13	18	28	17	23	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	48	27	38	59	37	48	0	0	0
Rheinland-Pfalz	10	1	6	15	14	15	0	0	0
Saarland	3	0	2	3	4	4	0	0	0
Sachsen	6	0	3	16	16	16	0	0	0
Sachsen-Anhalt	4	0	2	8	9	9	0	0	0
Schleswig-Holstein	8	2	5	10	9	10	0	0	0
Thüringen	3	0	2	8	9	9	0	0	0
Bund	183	58	125	238	191	220	56	45	51

2009

Tabelle Z: Verteilung der für die Sitzverteilung relevanten Zweitstimmen

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	1051198	1874481	0	1022958	755648	389637	0	5093922
Bayern	1120018	0	2830238	976379	719265	429371	0	6075271
Berlin	348082	393180	0	198516	299535	348661	0	1587974
Brandenburg	348216	327454	0	129642	84567	395566	0	1285445
Bremen	102419	80964	0	35968	52283	48369	0	320003
Hamburg	242942	246667	0	117143	138454	99096	0	844302
Hessen	812721	1022822	0	527432	381948	271455	0	3016378
Mecklenburg-Vorpommern	143607	287481	0	85203	47841	251536	0	815668
Niedersachsen	1297940	1471530	0	588401	475742	380373	0	4213986
Nordrhein-Westfalen	2678956	3111478	0	1394554	945831	789814	0	8920633
Rheinland-Pfalz	520990	767487	0	364673	211971	205180	0	2070301
Saarland	144464	179289	0	69427	39550	123880	0	556610
Sachsen	328753	800898	0	299135	151283	551461	0	2131530
Sachsen-Anhalt	202850	362311	0	124247	61734	389456	0	1140598
Schleswig-Holstein	430739	518457	0	261767	203782	127203	0	1541948
Thüringen	216593	383778	0	120635	73838	354875	0	1149719
Bund	9990488	11828277	2830238	6316080	4643272	5155933	0	40764288

Tabelle P: Verteilung der Sitze nach dem ersten Zuteilungsschritt für Bundestagswahlergebnisse (zuerst länderkontingente aufgrund Bevölkerungszahl, anschließend proportionale Verteilung auf die Landeslisten der Parteien in dem jeweiligen Bundesland nach Zweitstimmen)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	16	28	0	15	11	6	0	76
Bayern	17	0	42	14	11	6	0	90
Berlin	5	6	0	3	5	5	0	24
Brandenburg	6	5	0	2	1	6	0	20
Bremen	1	1	0	1	1	1	0	5
Hamburg	3	4	0	2	2	1	0	12
Hessen	12	15	0	7	5	4	0	43
Mecklenburg-Vorpommern	2	5	0	1	1	4	0	13
Niedersachsen	18	21	0	8	7	5	0	59
Nordrhein-Westfalen	38	45	0	20	14	11	0	128
Rheinland-Pfalz	8	11	0	5	3	3	0	30
Saarland	2	2	0	1	1	2	0	8
Sachsen	5	12	0	5	2	8	0	32
Sachsen-Anhalt	3	6	0	2	1	7	0	19
Schleswig-Holstein	6	7	0	3	3	2	0	21
Thüringen	3	6	0	2	1	6	0	18
Bund	145	174	42	91	69	77	0	598

Tabelle D: Verteilung der Direktmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	1	37	0	0	0	0	0	38
Bayern	0	0	45	0	0	0	0	45
Berlin	2	5	0	0	1	4	0	12
Brandenburg	5	1	0	0	0	4	0	10
Bremen	2	0	0	0	0	0	0	2
Hamburg	3	3	0	0	0	0	0	6
Hessen	6	15	0	0	0	0	0	21
Mecklenburg-Vorpommern	0	6	0	0	0	1	0	7
Niedersachsen	14	16	0	0	0	0	0	30
Nordrhein-Westfalen	27	37	0	0	0	0	0	64
Rheinland-Pfalz	2	13	0	0	0	0	0	15
Saarland	0	4	0	0	0	0	0	4
Sachsen	0	16	0	0	0	0	0	16
Sachsen-Anhalt	0	4	0	0	0	5	0	9
Schleswig-Holstein	2	9	0	0	0	0	0	11
Thüringen	0	7	0	0	0	2	0	9
Bund	64	173	45	0	1	16	0	299

Tabelle Ü: Verteilung der Überhangmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	9	0	0	0	0	0	9
Bayern	0	0	3	0	0	0	0	3
Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	0	0	0	0	0	0	0	0
Bremen	1	0	0	0	0	0	0	1
Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
Hessen	0	0	0	0	0	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	0	0	0	0	1
Niedersachsen	0	0	0	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	0	2	0	0	0	0	0	2
Saarland	0	2	0	0	0	0	0	2
Sachsen	0	4	0	0	0	0	0	4
Sachsen-Anhalt	0	0	0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein	0	2	0	0	0	0	0	2
Thüringen	0	1	0	0	0	0	0	1
Bund	1	21	3	0	0	0	0	25

Tabelle MS: Verteilung der Mindestsitze nach §6 Abs. 5 Satz2

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	9	37	0	8	6	3	0	63
Bayern	9	0	45	7	6	3	0	70
Berlin	4	6	0	2	3	5	0	20
Brandenburg	6	3	0	1	1	5	0	16
Bremen	2	1	0	1	1	1	0	6
Hamburg	3	4	0	1	1	1	0	10
Hessen	9	15	0	4	3	2	0	33
Mecklenburg-Vorpommern	1	6	0	1	1	3	0	12
Niedersachsen	16	19	0	4	4	3	0	46
Nordrhein-Westfalen	33	41	0	10	7	6	0	97
Rheinland-Pfalz	5	13	0	3	2	2	0	25
Saarland	1	4	0	1	1	1	0	8
Sachsen	3	16	0	3	1	4	0	27
Sachsen-Anhalt	2	5	0	1	1	6	0	15
Schleswig-Holstein	4	9	0	2	2	1	0	18
Thüringen	2	7	0	1	1	4	0	15
Bund	109	186	45	50	41	50	0	481

Tabelle EV: Endverteilung der Mandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	16	37	0	16	12	6	0	87
Bayern	17	0	45	15	11	7	0	95
Berlin	5	6	0	3	5	5	0	24
Brandenburg	6	3	0	2	1	6	0	18
Bremen	2	1	0	1	1	1	0	6
Hamburg	4	4	0	2	2	2	0	14
Hessen	13	15	0	8	6	4	0	46
Mecklenburg-Vorpommern	2	6	0	1	1	4	0	14
Niedersachsen	20	19	0	9	7	6	0	61
Nordrhein-Westfalen	42	41	0	21	15	12	0	131
Rheinland-Pfalz	8	13	0	6	3	3	0	33
Saarland	2	4	0	1	1	2	0	10
Sachsen	5	16	0	5	2	9	0	37
Sachsen-Anhalt	3	5	0	2	1	6	0	17
Schleswig-Holstein	7	9	0	4	3	2	0	25
Thüringen	3	7	0	2	1	5	0	18
Bund	155	186	45	98	72	80	0	636

Tabelle A: Verteilung der Ausgleichsmandate (Differenz zwischen Endverteilung und Proporzmandaten bei Ausgangsgröße)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	9	0	1	1	0	0	11
Bayern	0	0	3	1	0	1	0	5
Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	0	-2	0	0	0	0	0	-2
Bremen	1	0	0	0	0	0	0	1
Hamburg	1	0	0	0	0	1	0	2
Hessen	1	0	0	1	1	0	0	3
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	0	0	0	0	1
Niedersachsen	2	-2	0	1	0	1	0	2
Nordrhein-Westfalen	4	-4	0	1	1	1	0	3
Rheinland-Pfalz	0	2	0	1	0	0	0	3
Saarland	0	2	0	0	0	0	0	2
Sachsen	0	4	0	0	0	1	0	5
Sachsen-Anhalt	0	-1	0	0	0	-1	0	-2
Schleswig-Holstein	1	2	0	1	0	0	0	4
Thüringen	0	1	0	0	0	-1	0	0
Bund	10	12	3	7	3	3	0	38

Tabelle V: Übersichtszusammenstellung von Proporzmandaten PM (erster Zuteilungsschritt), Direktmandaten DM und Mindestsitzen MS für SPD, CDU und CSU entsprechend den Ergebnissen der Bundestagswahl 2009

Region	SPD			CDU			CSU		
	PM	DM	MS	PM	DM	MS	PM	DM	MS
Baden-Württemberg	16	1	9	28	37	37	0	0	0
Bayern	17	0	9	0	0	0	42	45	45
Berlin	5	2	4	6	5	6	0	0	0
Brandenburg	6	5	6	5	1	3	0	0	0
Bremen	1	2	2	1	0	1	0	0	0
Hamburg	3	3	3	4	3	4	0	0	0
Hessen	12	6	9	15	15	15	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	2	0	1	5	6	6	0	0	0
Niedersachsen	18	14	16	21	16	19	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	38	27	33	45	37	41	0	0	0
Rheinland-Pfalz	8	2	5	11	13	13	0	0	0
Saarland	2	0	1	2	4	4	0	0	0
Sachsen	5	0	3	12	16	16	0	0	0
Sachsen-Anhalt	3	0	2	6	4	5	0	0	0
Schleswig-Holstein	6	2	4	7	9	9	0	0	0
Thüringen	3	0	2	6	7	7	0	0	0
Bund	145	64	109	174	173	186	42	45	45

2005

Tabelle Z: Verteilung der für die Sitzverteilung relevanten Zweitstimmen

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	1754834	2283085	0	693835	623091	219105	0	5573950
Bayern	1806548	0	3494309	673817	559941	244701	0	6779316
Berlin	637674	408715	0	152157	254546	303630	0	1756722
Brandenburg	561689	322400	0	107736	80253	416359	0	1488437
Bremen	155366	82389	0	29329	51600	30570	0	349254
Hamburg	365546	272418	0	84593	140751	59463	0	922771
Hessen	1197762	1131496	0	392123	340288	178913	0	3240582
Mecklenburg-Vorpommern	314830	293316	0	62049	39379	234702	0	944276
Niedersachsen	2058174	1599947	0	426341	354853	205200	0	4644515
Nordrhein-Westfalen	4096112	3524351	0	1024924	782551	529967	0	9957905
Rheinland-Pfalz	822074	877632	0	278945	172900	132154	0	2283705
Saarland	211201	191067	0	47188	37489	117089	0	604034
Sachsen	649807	795316	0	269623	126850	603824	0	2445420
Sachsen-Anhalt	474909	357663	0	117155	59146	385422	0	1394295
Schleswig-Holstein	655361	624510	0	173320	144712	78755	0	1676658
Thüringen	432778	372435	0	115009	69976	378340	0	1368538
Bund	16194665	13136740	3494309	4648144	3838326	4118194	0	45430378

Tabelle P: Verteilung der Sitze nach dem ersten Zuteilungsschritt für Bundestagswahlergebnisse (zuerst länderkontingente aufgrund Bevölkerungszahl, anschließend proportionale Verteilung auf die Landeslisten der Parteien in dem jeweiligen Bundesland nach Zweitstimmen)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	24	31	0	9	8	3	0	75
Bayern	24	0	47	9	7	3	0	90
Berlin	9	5	0	2	3	4	0	23
Brandenburg	8	4	0	1	1	6	0	20
Bremen	3	1	0	0	1	0	0	5
Hamburg	5	3	0	1	2	1	0	12
Hessen	16	15	0	5	5	2	0	43
Mecklenburg-Vorpommern	4	4	0	1	1	3	0	13
Niedersachsen	26	20	0	5	5	3	0	59
Nordrhein-Westfalen	53	46	0	13	10	7	0	129
Rheinland-Pfalz	11	11	0	4	2	2	0	30
Saarland	3	2	0	1	0	2	0	8
Sachsen	9	10	0	4	2	8	0	33
Sachsen-Anhalt	6	5	0	2	1	5	0	19
Schleswig-Holstein	8	8	0	2	2	1	0	21
Thüringen	6	5	0	1	1	5	0	18
Bund	215	170	47	60	51	55	0	598

Tabelle D: Verteilung der Direktmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	4	33	0	0	0	0	0	37
Bayern	1	0	44	0	0	0	0	45
Berlin	7	1	0	0	1	3	0	12
Brandenburg	10	0	0	0	0	0	0	10
Bremen	2	0	0	0	0	0	0	2
Hamburg	6	0	0	0	0	0	0	6
Hessen	13	8	0	0	0	0	0	21
Mecklenburg-Vorpommern	4	3	0	0	0	0	0	7
Niedersachsen	25	4	0	0	0	0	0	29
Nordrhein-Westfalen	40	24	0	0	0	0	0	64
Rheinland-Pfalz	5	10	0	0	0	0	0	15
Saarland	4	0	0	0	0	0	0	4
Sachsen	3	14	0	0	0	0	0	17
Sachsen-Anhalt	10	0	0	0	0	0	0	10
Schleswig-Holstein	5	6	0	0	0	0	0	11
Thüringen	6	3	0	0	0	0	0	9
Bund	145	106	44	0	1	3	0	299

Tabelle Ü: Verteilung der Überhangmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	2	0	0	0	0	0	2
Bayern	0	0	0	0	0	0	0	0
Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	2	0	0	0	0	0	0	2
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Hamburg	1	0	0	0	0	0	0	1
Hessen	0	0	0	0	0	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	0	0	0	0
Niedersachsen	0	0	0	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	0	0	0	0
Saarland	1	0	0	0	0	0	0	1
Sachsen	0	4	0	0	0	0	0	4
Sachsen-Anhalt	4	0	0	0	0	0	0	4
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	0	0	0	0
Thüringen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bund	8	6	0	0	0	0	0	14

Tabelle MS: Verteilung der Mindestsitze nach §6 Abs. 5 Satz2

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	14	33	0	5	4	2	0	58
Bayern	13	0	46	5	4	2	0	70
Berlin	8	3	0	1	2	4	0	18
Brandenburg	10	2	0	1	1	3	0	17
Bremen	3	1	0	0	1	0	0	5
Hamburg	6	2	0	1	1	1	0	11
Hessen	15	12	0	3	3	1	0	34
Mecklenburg-Vorpommern	4	4	0	1	1	2	0	12
Niedersachsen	26	12	0	3	3	2	0	46
Nordrhein-Westfalen	47	35	0	7	5	4	0	98
Rheinland-Pfalz	8	11	0	2	1	1	0	23
Saarland	4	1	0	1	0	1	0	7
Sachsen	6	14	0	2	1	4	0	27
Sachsen-Anhalt	10	3	0	1	1	3	0	18
Schleswig-Holstein	7	7	0	1	1	1	0	17
Thüringen	6	4	0	1	1	3	0	15
Bund	187	144	46	35	30	34	0	476

Tabelle EV: Endverteilung der Mandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	22	33	0	9	8	3	0	75
Bayern	23	0	47	9	7	3	0	89
Berlin	8	5	0	2	3	4	0	22
Brandenburg	10	4	0	1	1	6	0	22
Bremen	3	1	0	0	1	0	0	5
Hamburg	6	3	0	1	2	1	0	13
Hessen	15	14	0	5	5	2	0	41
Mecklenburg-Vorpommern	4	4	0	1	1	3	0	13
Niedersachsen	26	21	0	6	5	3	0	61
Nordrhein-Westfalen	52	45	0	13	10	7	0	127
Rheinland-Pfalz	11	11	0	4	2	2	0	30
Saarland	4	2	0	1	0	2	0	9
Sachsen	8	14	0	4	2	8	0	36
Sachsen-Anhalt	10	5	0	2	1	5	0	23
Schleswig-Holstein	8	8	0	2	2	1	0	21
Thüringen	6	5	0	2	1	5	0	19
Bund	216	175	47	62	51	55	0	606

Tabelle A: Verteilung der Ausgleichsmandate (Differenz zwischen Endverteilung und Proporzmandaten bei Ausgangsgröße)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	-2	2	0	0	0	0	0	0
Bayern	-1	0	0	0	0	0	0	-1
Berlin	-1	0	0	0	0	0	0	-1
Brandenburg	2	0	0	0	0	0	0	2
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Hamburg	1	0	0	0	0	0	0	1
Hessen	-1	-1	0	0	0	0	0	-2
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	0	0	0	0
Niedersachsen	0	1	0	1	0	0	0	2
Nordrhein-Westfalen	-1	-1	0	0	0	0	0	-2
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	0	0	0	0
Saarland	1	0	0	0	0	0	0	1
Sachsen	-1	4	0	0	0	0	0	3
Sachsen-Anhalt	4	0	0	0	0	0	0	4
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	0	0	0	0
Thüringen	0	0	0	1	0	0	0	1
Bund	1	5	0	2	0	0	0	8

2020 (Simulation aufgrund von Umfragedaten)

Tabelle Z: Verteilung der für die Sitzverteilung relevanten Zweitstimmen

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	686528,0	2252851,7	0,0	440752,1	1423556,6	279591,6	603691,0	5686971,0
Bayern	777978,4	0,0	3100624,5	375424,7	1452006,2	329997,1	764289,5	6800320,3
Berlin	243989,7	481091,9	0,0	72830,1	421683,5	317308,4	186656,3	1723559,9
Brandenburg	189322,8	443844,3	0,0	31176,0	222016,2	228847,1	268831,0	1384037,5
Bremen	72034,2	93838,3	0,0	13781,8	70749,9	38694,2	26278,7	315377,1
Hamburg	180644,3	297065,2	0,0	54157,7	237035,9	101811,7	56287,6	927002,5
Hessen	619647,9	1139392,8	0,0	209054,0	664968,9	213804,0	327889,3	3174756,9
Mecklenburg-Vorpommern	94261,6	336657,4	0,0	11413,2	132154,1	148345,4	152221,5	875053,2
Niedersachsen	1036639,1	1773155,0	0,0	188355,5	880953,4	243489,3	324730,6	4447322,9
Nordrhein-Westfalen	2055322,0	3529215,6	0,0	759692,7	1748871,2	568065,6	721564,0	9382731,1
Rheinland-Pfalz	450724,6	923981,3	0,0	120755,4	419717,6	120680,6	215671,0	2251530,7
Saarland	128966,9	208275,4	0,0	14457,1	94455,6	64998,9	46600,0	557753,8
Sachsen	143460,7	741958,2	0,0	79166,2	356757,7	354469,5	614660,1	2290472,3
Sachsen-Anhalt	128458,1	416351,8	0,0	33681,6	169405,4	198185,3	217363,5	1163445,8
Schleswig-Holstein	311639,6	638791,0	0,0	123401,7	384450,9	94990,6	104154,5	1657428,3
Thüringen	109003,0	412277,4	0,0	36266,5	180391,9	194978,1	265755,5	1198672,4
Bund	7228621,0	13688747,3	3100624,5	2564366,6	8859174,8	3498257,5	4896644,2	43836435,7

Tabelle P: Verteilung der Sitze nach dem ersten Zuteilungsschritt für Bundestagswahlergebnisse (zuerst länderkontingente aufgrund Bevölkerungszahl, anschließend proportionale Verteilung auf die Landeslisten der Parteien in dem jeweiligen Bundesland nach Zweitstimmen)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	9	30	0	6	19	4	8	76
Bayern	11	0	42	5	20	5	10	93
Berlin	3	7	0	1	6	4	3	24
Brandenburg	3	7	0	0	3	3	4	20
Bremen	1	2	0	0	1	1	0	5
Hamburg	2	4	0	1	3	1	1	12
Hessen	8	16	0	3	9	3	4	43
Mecklenburg-Vorpommern	2	5	0	0	2	2	2	13
Niedersachsen	14	24	0	2	12	3	4	59
Nordrhein-Westfalen	28	48	0	10	24	8	10	128
Rheinland-Pfalz	6	12	0	2	5	2	3	30
Saarland	2	2	0	0	1	1	1	7
Sachsen	2	10	0	1	5	5	9	32
Sachsen-Anhalt	2	6	0	0	3	3	3	17
Schleswig-Holstein	4	9	0	2	5	1	1	22
Thüringen	2	6	0	0	2	3	4	17
Bund	99	188	42	33	120	49	67	598

Tabelle D: Verteilung der Direktmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	38	0	0	0	0	0	38
Bayern	0	0	46	0	0	0	0	46
Berlin	0	6	0	0	3	3	0	12
Brandenburg	0	10	0	0	0	0	0	10
Bremen	0	2	0	0	0	0	0	2
Hamburg	0	6	0	0	0	0	0	6
Hessen	0	22	0	0	0	0	0	22
Mecklenburg-Vorpommern	0	6	0	0	0	0	0	6
Niedersachsen	1	29	0	0	0	0	0	30
Nordrhein-Westfalen	5	59	0	0	0	0	0	64
Rheinland-Pfalz	0	15	0	0	0	0	0	15
Saarland	0	4	0	0	0	0	0	4
Sachsen	0	12	0	0	0	0	4	16
Sachsen-Anhalt	0	9	0	0	0	0	0	9
Schleswig-Holstein	0	11	0	0	0	0	0	11
Thüringen	0	8	0	0	0	0	0	8
Bund	6	237	46	0	3	3	4	299

Tabelle Ü: Verteilung der Überhangmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	8	0	0	0	0	0	8
Bayern	0	0	4	0	0	0	0	4
Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	0	3	0	0	0	0	0	3
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Hamburg	0	2	0	0	0	0	0	2
Hessen	0	6	0	0	0	0	0	6
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	0	0	0	0	1
Niedersachsen	0	5	0	0	0	0	0	5
Nordrhein-Westfalen	0	11	0	0	0	0	0	11
Rheinland-Pfalz	0	3	0	0	0	0	0	3
Saarland	0	2	0	0	0	0	0	2
Sachsen	0	2	0	0	0	0	0	2
Sachsen-Anhalt	0	3	0	0	0	0	0	3
Schleswig-Holstein	0	2	0	0	0	0	0	2
Thüringen	0	2	0	0	0	0	0	2
Bund	0	50	4	0	0	0	0	54

Tabelle MS: Verteilung der Mindestsitze nach §6 Abs. 5 Satz2

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	5	38	0	3	10	2	4	62
Bayern	6	0	46	3	10	3	5	73
Berlin	2	7	0	1	5	4	2	21
Brandenburg	2	10	0	0	2	2	2	18
Bremen	1	2	0	0	1	1	0	5
Hamburg	1	6	0	1	2	1	1	12
Hessen	4	22	0	2	5	2	2	37
Mecklenburg-Vorpommern	1	6	0	0	1	1	1	10
Niedersachsen	8	29	0	1	6	2	2	48
Nordrhein-Westfalen	17	59	0	5	12	4	5	102
Rheinland-Pfalz	3	15	0	1	3	1	2	25
Saarland	1	4	0	0	1	1	1	8
Sachsen	1	12	0	1	3	3	7	27
Sachsen-Anhalt	1	9	0	0	2	2	2	16
Schleswig-Holstein	2	11	0	1	3	1	1	19
Thüringen	1	8	0	0	1	2	2	14
Bund	56	238	46	19	67	32	39	497

Tabelle EV: Endverteilung der Mandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	12	38	0	8	25	5	10	98
Bayern	13	0	53	6	25	6	13	116
Berlin	4	7	0	1	7	5	3	27
Brandenburg	3	10	0	1	4	4	5	27
Bremen	1	2	0	0	1	1	0	5
Hamburg	3	6	0	1	4	2	1	17
Hessen	11	22	0	4	11	4	6	58
Mecklenburg-Vorpommern	2	6	0	0	2	2	3	15
Niedersachsen	18	29	0	3	15	4	5	74
Nordrhein-Westfalen	36	59	0	13	30	10	12	160
Rheinland-Pfalz	8	15	0	2	7	2	4	38
Saarland	2	4	0	0	2	1	1	10
Sachsen	2	12	0	1	6	6	10	37
Sachsen-Anhalt	2	9	0	1	3	3	4	22
Schleswig-Holstein	5	11	0	2	7	2	2	29
Thüringen	2	8	0	1	3	3	5	22
Bund	124	238	53	44	152	60	84	755

Tabelle A: Verteilung der Ausgleichsmandate (Differenz zwischen Endverteilung und Proporzmandaten bei Ausgangsgröße)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	3	8	0	2	6	1	2	22
Bayern	2	0	11	1	5	1	3	23
Berlin	1	0	0	0	1	1	0	3
Brandenburg	0	3	0	1	1	1	1	7
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Hamburg	1	2	0	0	1	1	0	5
Hessen	3	6	0	1	2	1	2	15
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	0	0	0	1	2
Niedersachsen	4	5	0	1	3	1	1	15
Nordrhein-Westfalen	8	11	0	3	6	2	2	32
Rheinland-Pfalz	2	3	0	0	2	0	1	8
Saarland	0	2	0	0	1	0	0	3
Sachsen	0	2	0	0	1	1	1	5
Sachsen-Anhalt	0	3	0	1	0	0	1	5
Schleswig-Holstein	1	2	0	0	2	1	1	7
Thüringen	0	2	0	1	1	0	1	5
Bund	25	50	11	11	32	11	17	157

Zwischen 2017 und 2020 (Simulation mit Hilfe von Umfragedaten)

Tabelle Z: Verteilung der für die Sitzverteilung relevanten Zweitstimmen

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	909562,3	2111449,1	0,0	681148,1	961378,2	354944,5	698092,9	5716575,1
Bayern	1043981,0	0,0	2930196,5	656109,2	903907,5	420008,5	877427,5	6831630,2
Berlin	312112,2	438903,9	0,0	143112,8	281624,8	342386,1	215325,6	1733465,6
Brandenburg	244024,5	409712,6	0,0	86506,7	111359,2	248765,3	292782,4	1393150,7
Bremen	84852,1	86093,7	0,0	26669,6	45215,8	43100,9	31468,4	317400,5
Hamburg	217890,4	274249,5	0,0	92595,7	161566,3	114638,2	71368,3	932308,5
Hessen	747374,0	1060726,7	0,0	341883,2	408679,4	256499,3	380619,0	3195781,6
Mecklenburg-Vorpommern	128485,5	314904,5	0,0	45992,3	62413,1	160959,8	167214,3	879969,5
Niedersachsen	1217494,0	1662452,3	0,0	369666,3	523191,2	302698,5	397501,3	4473003,6
Nordrhein-Westfalen	2436083,6	3295870,9	0,0	1158914,3	994178,1	693793,3	875728,9	9454569,1
Rheinland-Pfalz	541403,2	867810,6	0,0	213709,3	238933,4	150649,4	252920,3	2265426,3
Saarland	151656,0	194428,8	0,0	36817,2	49817,4	72759,7	55779,3	561258,4
Sachsen	231877,3	685426,4	0,0	171970,7	173743,8	387212,5	655589,1	2305819,8
Sachsen-Anhalt	174059,9	387503,5	0,0	80525,7	76665,7	214986,3	237435,0	1171176,1
Schleswig-Holstein	378109,8	597605,0	0,0	193306,0	250144,0	117101,0	131152,6	1667418,4
Thüringen	155692,3	382613,8	0,0	84598,5	84742,3	212200,4	286750,0	1206597,3
Bund	8974658,1	12769751,5	2930196,5	4383525,7	5327560,3	4092703,8	5627154,7	44105550,6

Tabelle P: Verteilung der Sitze nach dem ersten Zuteilungsschritt für Bundestagswahlergebnisse (zuerst länderkontingente aufgrund Bevölkerungszahl, anschließend proportionale Verteilung auf die Landeslisten der Parteien in dem jeweiligen Bundesland nach Zweitstimmen)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	12	28	0	9	13	5	9	76
Bayern	14	0	40	9	12	6	12	93
Berlin	4	6	0	2	4	5	3	24
Brandenburg	3	6	0	1	2	4	4	20
Bremen	1	1	0	0	1	1	1	5
Hamburg	3	4	0	1	2	1	1	12
Hessen	10	14	0	5	6	3	5	43
Mecklenburg-Vorpommern	2	5	0	1	1	2	2	13
Niedersachsen	16	22	0	5	7	4	5	59
Nordrhein-Westfalen	33	45	0	16	13	9	12	128
Rheinland-Pfalz	7	12	0	3	3	2	3	30
Saarland	2	2	0	0	1	1	1	7
Sachsen	3	10	0	2	2	6	9	32
Sachsen-Anhalt	3	6	0	1	1	3	3	17
Schleswig-Holstein	5	8	0	2	3	2	2	22
Thüringen	2	6	0	1	1	3	4	17
Bund	120	175	40	58	72	57	76	598

Tabelle D: Verteilung der Direktmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	38	0	0	0	0	0	38
Bayern	0	0	46	0	0	0	0	46
Berlin	0	6	0	0	0	6	0	12
Brandenburg	0	9	0	0	0	0	1	10
Bremen	1	1	0	0	0	0	0	2
Hamburg	0	6	0	0	0	0	0	6
Hessen	3	19	0	0	0	0	0	22
Mecklenburg-Vorpommern	0	6	0	0	0	0	0	6
Niedersachsen	2	28	0	0	0	0	0	30
Nordrhein-Westfalen	14	50	0	0	0	0	0	64
Rheinland-Pfalz	0	15	0	0	0	0	0	15
Saarland	0	4	0	0	0	0	0	4
Sachsen	0	11	0	0	0	0	5	16
Sachsen-Anhalt	0	9	0	0	0	0	0	9
Schleswig-Holstein	0	11	0	0	0	0	0	11
Thüringen	0	8	0	0	0	0	0	8
Bund	20	221	46	0	0	6	6	299

Tabelle Ü: Verteilung der Überhangmandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	0	10	0	0	0	0	0	10
Bayern	0	0	6	0	0	0	0	6
Berlin	0	0	0	0	0	1	0	1
Brandenburg	0	3	0	0	0	0	0	3
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Hamburg	0	2	0	0	0	0	0	2
Hessen	0	5	0	0	0	0	0	5
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	0	0	0	0	1
Niedersachsen	0	6	0	0	0	0	0	6
Nordrhein-Westfalen	0	5	0	0	0	0	0	5
Rheinland-Pfalz	0	3	0	0	0	0	0	3
Saarland	0	2	0	0	0	0	0	2
Sachsen	0	1	0	0	0	0	0	1
Sachsen-Anhalt	0	3	0	0	0	0	0	3
Schleswig-Holstein	0	3	0	0	0	0	0	3
Thüringen	0	2	0	0	0	0	0	2
Bund	0	46	6	0	0	1	0	53

Tabelle MS: Verteilung der Mindestsitze nach §6 Abs. 5 Satz2

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	6	38	0	5	7	3	5	64
Bayern	7	0	46	5	6	3	6	73
Berlin	2	6	0	1	2	6	2	19
Brandenburg	2	9	0	1	1	2	3	18
Bremen	1	1	0	0	1	1	1	5
Hamburg	2	6	0	1	1	1	1	12
Hessen	7	19	0	3	3	2	3	37
Mecklenburg-Vorpommern	1	6	0	1	1	1	1	11
Niedersachsen	9	28	0	3	4	2	3	49
Nordrhein-Westfalen	24	50	0	8	7	5	6	100
Rheinland-Pfalz	4	15	0	2	2	1	2	26
Saarland	1	4	0	0	1	1	1	8
Sachsen	2	11	0	1	1	3	7	25
Sachsen-Anhalt	2	9	0	1	1	2	2	17
Schleswig-Holstein	3	11	0	1	2	1	1	19
Thüringen	1	8	0	1	1	2	2	15
Bund	74	221	46	34	41	36	46	498

Tabelle EV: Endverteilung der Mandate

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	15	38	0	12	16	6	12	99
Bayern	18	0	50	11	16	7	15	117
Berlin	5	6	0	2	5	6	4	28
Brandenburg	4	9	0	2	2	4	5	26
Bremen	1	1	0	0	1	1	1	5
Hamburg	4	6	0	2	3	2	1	18
Hessen	13	19	0	6	7	4	6	55
Mecklenburg-Vorpommern	2	6	0	1	1	3	3	16
Niedersachsen	21	28	0	6	9	5	7	76
Nordrhein-Westfalen	42	50	0	20	17	12	15	156
Rheinland-Pfalz	9	15	0	4	4	3	4	39
Saarland	3	4	0	1	1	1	1	11
Sachsen	4	11	0	3	3	6	11	38
Sachsen-Anhalt	3	9	0	1	1	4	4	22
Schleswig-Holstein	6	11	0	3	4	2	2	28
Thüringen	3	8	0	1	1	4	5	22
Bund	153	221	50	75	91	70	96	756

Tabelle A: Verteilung der Ausgleichsmandate (Differenz zwischen Endverteilung und Proporzmandaten bei Ausgangsgröße)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AfD	Gesamt
Baden-Württemberg	3	10	0	3	3	1	3	23
Bayern	4	0	10	2	4	1	3	24
Berlin	1	0	0	0	1	1	1	4
Brandenburg	1	3	0	1	0	0	1	6
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Hamburg	1	2	0	1	1	1	0	6
Hessen	3	5	0	1	1	1	1	12
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	0	0	0	1	1	3
Niedersachsen	5	6	0	1	2	1	2	17
Nordrhein-Westfalen	9	5	0	4	4	3	3	28
Rheinland-Pfalz	2	3	0	1	1	1	1	9
Saarland	1	2	0	1	0	0	0	4
Sachsen	1	1	0	1	1	0	2	6
Sachsen-Anhalt	0	3	0	0	0	1	1	5
Schleswig-Holstein	1	3	0	1	1	0	0	6
Thüringen	1	2	0	0	0	1	1	5
Bund	33	46	10	17	19	13	20	158